

TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICH

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit kommen wir bitte zur Tagesordnung, bitte zur Hand nehmen, es sind wieder im Vorfeld von der Frau Dr. Zwanzger mit allen Fraktionen jene Stücke schon vorbesprochen worden, die jetzt als beschlossen gelten. Das sind die Stücke 1) bis 9), das ist das Stück Nummer 12), sind die Stücke 14) und 15), das Stück Nummer 16) wurde abgesetzt, die Stücke 18) und 20), diese Stücke sind alle einstimmig beschlossen. Das Stück Nummer 21) wurde abgesetzt.

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 13.30 Uhr den Vorsitz.

1) A 8-6640/2013-25

Stadtbaudirektion,
Bauamtsgebäude,
Umstrukturierungs- und Sanierungs-
maßnahmen;
1. Projektgenehmigung über € 586.000,-
in der AOG 2013-2015
2. Kreditansatzverschiebung von
€ 86.000,- und Ausgabeneinsparung
über € 250.000,- in der AOG 2013 und
haushaltsplanmäßige Vorsorge über
€ 250.000,- in der AOG 2014

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 iVm § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 8/2012, beschließen:

1. In der AOG 2013-2015 wird die Projektgenehmigung „Bauamtsgebäude Umstrukturierungsmaßnahmen“ über € 586.000,- (davon 2013 € 86.000,- und 2014/2015 je € 250.000,-) beschlossen.

2. In der AOG 2013 bzw. 2014 werden folgende Budgetveränderungen genehmigt:

Fipos	Bezeichnung	Aufstockung 2013	Aufstockung 2014
5.02900.775000	Kap. Transfers an Unternehmungen, Bauamtsgebäude (DKL: BD056)		
	Anordnungsbefugnis: BD	86.000	250.000
5.03000.728300	Entgelte für sonstige Leistungen, Fachbeirat (DKL: BD310)		
	Anordnungsbefugnis: BD	-86.000	
5.84000.001100	Unbebaute Grundstücke, Hummelkaserne		
	Anordnungsbefugnis: A 8/4	-250.000	
6.02900.346000	Investitionsdarlehen von Kreditinstituten		
	Anordnungsbefugnis: A 8	86.000	250.000
6.03000.346000	Investitionsdarlehen von Kreditinstituten		
	Anordnungsbefugnis: A 8	-86.000	
6.84000.3460000	Investitionsdarlehen von Kreditinstituten		
	Anordnungsbefugnis: A 8	-250.000	

2) A 8-6642/2013-66

Katastrophenschutz und Feuerwehr,
Korrektur der Eckwerte 2013 und 2014
Um € 582.100,- bzw. € 677.700,-

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 8/2012, beschließen:

In der OG 2013 bzw. 2014 werden folgende Budgetveränderungen genehmigt:

Fipos	Bezeichnung	Aufstockung 2013	Aufstockung 2014
1.16200.728200	Entgelte für sonstige Leistungen	282.100	377.700
2.16200.815000	Gebühren für sonstige Leistungen	-300.000	-300.000
2.91400.080000	Beteiligungen	582.100	677.700

Die Eckwerte 2013/2014 der Abteilung Feuerwehr und Katastrophenschutz erhöhen sich somit um € 582.100,- bzw. € 677.700,-.

3) A 8-6642/2013-79

Abteilung für Immobilien,
Amtsgebäude, diverse Maßnahmen,
Kreditansatzverschiebung über
€ 860.000,- in der AOG 2013

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967, idF LGBl. 8/2012, beschließen:

In der AOG 2013 werden die Fiposse

5.02900.010100 „Gebäude“

6.02900.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“

um je 860.000,- erhöht und zur Bedeckung die Fiposse

5.84000.001100	„Unbebaute Grundstücke, Hummelkaserne“ um	€ 500.000,-
5.84000.001200	„Unbebaute Grundstücke, Südgürtel“ um	€ 360.000,-
6.84000.346000	„Investitionsdarlehen von Kredit- instituten“ um	€ 860.000,-

gekürzt.

4) A 8-6642/2013-63

Eckwertbudgets 2013,
Erhöhung der Abteilungseckwerte durch
Sparbuchentnahmen;
haushaltsplanmäßige Vorsorge

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 8/2012, beschließen:

1. In der OG 2013 werden folgende Fiposse geschaffen, erhöht bzw. gekürzt:

1.26900.757000	„Lfd. Transferz. an priv. Organisationen ohne Erwerbszweck“ SK 020 – „Dachverbände“ SK 004 – „Verschieden“	€ 66.800,- € 183.200,-
1.70000.728900	„Entgelte für sonstige Leistungen“	€ 40.000,-
1.70000.754000	„Lfd. Transferz. an sonst. Träger d. öffentl. Rechts“	€ 10.000,-
1.70000.755000	„Lfd. Transferz. an Unternehmungen“	€ 70.000,-
1.77100.755800	„Lfd. Transferz. an Unternehmungen“	€ 80.000,-
1.01400.042000	„Amtsausstattung“	€ 18.000,-

1.43900.757000	„Lfd. Transferz. an priv. Organisationen ohne Erwerbszweck“ SK 001 – „Verschiedene“ (AOB: A 6)	€ 15.500,-
1.43900.728880	„Entgelte für sonstige Leistungen, Freie Dienstverträge“	€ 10.000,-
1.43900.403200	„Handelswaren“	€ 15.000,-
1.43900.728830	„Entgelte für sonstige Leistungen“ (AOB: A6)	€ 22.000,-
2.43980.817000	„Kostenbeiträge für sonstige Leistungen“	€ -100.000,-
1.25900.614005	„Instandh. von Gebäuden“	€ 10.000,-
1.61200.002100	„Straßenbauten, Verkehrssicherheit“	€ 200.000,-

Zur Bedeckung wird die Fipos

2.91400.080000	„Beteiligungen“ um	€ 840.500,-
----------------	--------------------	-------------

erhöht.

Dier Eckwerte der genannten Abteilungen werden jeweils zu Lasten der jeweiligen Sparbücher wie folgt erhöht:

Abteilung	Wert alt	Wert neu
Sportamt	3.000.000	3.250.000
Abt. f. Wirtschafts- und Tourismusförderung	4.411.200	4.611.200
Stadtrechnungshof	963.400	981.400
Amt für Jugend und Familie	22.190.000	22.362.500
Straßenamt	4.457.700	4.657.700

5) A 8/4-6356/2006

Robert-Musil-Gasse, Verkehrsfläche, Übernahme einer ca. 56 m² großen Grundstücksfläche des Gdst.Nr. 191/25, EZ 1058, KG 63113 Liebenau in das öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 8/2012, beschließen:

Die Übernahme einer ca. 56 m² großen Tfl. des Gdst.Nr. 191/25, EZ 1058, KG 63113 Liebenau an der Robert-Musil-Gasse, welche mit EntschlieÙung vom 30.11.20112 durch Herrn Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüsç erworben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

6) A 8/4-9316/2012

Purgleitnerstraße – Verkehrsfläche
Übernahme des Gdst.Nr. 2438/8 im
Ausmaß von 59 m² und einer Teilfläche
des Gdst.Nr. 2438/7 im Ausmaß von ca.
62 m² beide EZ 1810, KG 63106 Jakomini
in das öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 idgF. LGBl.Nr. 8/2012, beschließen:

Die Übernahme des 59 m² großen Gdst.Nr. 2438/8 und einer ca. 62 m² großen Tfl. des Gdst.Nr. 2438/7, beide EZ 1810, KG 63106 Jakomini, welche mit EntschlieÙung vom 30.11.2012 durch Herrn Stadtrat Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüsç erworben wurden, in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

7) A 8/4-35266/2009

Einödhofweg – Verkehrsfläche
Übernahme einer 80 m² großen
Grundstücksteilfläche des Gdst.Nr. 369/2,
EZ 1348, KG 63199 St. Peter in das
öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 idgF. LGBl.Nr. 8/2012, beschließen:

Die Übernahme einer 80 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 369/2, EZ 1348, KG 63199 St. Peter, welche mit EntschlieÙung vom 12.4.2013 durch Herrn Stadtrat Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüsç entgeltlich erworben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

8) A 8/4-47318/2012

Neufeldweg – Verkehrsfläche
Übernahme des 396 m² großen Gdst.Nr.
366/7, EZ 1398, KG 63113 Liebenau in das
öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 8/2012, beschließen:

Die Übernahme des Gdst.Nr. 366/7, EZ 1398, KG 63113 Liebenau, mit einer Fläche von 396 m², welche mit Bescheid vom 15.9.2009, GZ: 022533/2009/0004 zur Abtretung vorgeschrieben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

9) A 8/4-33677/2013

Unbebaute Liegenschaft in Feldkirchen bei Graz, Gste.Nr. 791/15 und 791/16, EZ 1574, KG Lebern
Grundbücherliche Dienstbarkeit ua. des Bauverbots zugunsten der Stadt Graz
Verzicht bzw. Löschung dieser Dienstbarkeit
Antrag auf Zustimmung

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 idF. LGBl.Nr. 8/2012, beschließen:

Die Stadt Graz verzichtet auf die Ausübung ihrer in EZ 1574, KG Lebern unter C-1a intabulierten Dienstbarkeit (Unterlassung der Errichtung von Baulichkeiten) und stimmt der Lösung zu.

Sämtliche mit der Errichtung der erforderlichen Urkunden und der grundbücherlichen Durchführung derselben verbundenen Kosten, Abgaben und Gebühren gehen zu Lasten der Holding Graz Kommunale Dienstleistungen GmbH.

12) A 21/8 – 013951/2013

Verlängerung der Wohnbauförderungsdarlehenszeiten

Der Wohnungsausschuss der Stadt Graz stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, folgende Petition an den Landesgesetzgeber zu richten:

Der Steiermärkische Landtag möge in der nächsten Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1993 bzw. zur Durchführungsverordnung des Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetzes beschließen, dass die Laufzeiten für

die Rückzahlung von Wohnbauförderungsdarlehen so verlängert werden, dass die Rückzahlungskosten nicht mehr als € 4,50 pro m² und Monat betragen.

NT 14) A 6-000939/2003-0020

Antrag auf Ausnahme zur
Subventionsordnung zur Auszahlung der
Förderung an das Jugendzentrum
FUNTASTIC 7-12/2013;
Laufzeit 1.7.2013 – 31.12.2013
Finanzaufwand: €41.900,-
Fipos: 1.25900.757000.074

Der Ausschuss für Jugend und Familie, Frauenangelegenheiten, SeniorInnen und Wissenschaft stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die sofortige Auszahlung des Förderbetrages iHv. € 41.900,- auf das Konto des Masseverwalters, Insolvenzwicklungskonto beim Bankhaus Krentschker & Co AG, BLZ 19520, Kto.-Nr. 0000-676072, lautend auf Dr. Andreas Tschernitz/Insolvenz Verein für Kinder- und Jugendarbeit, wird gemäß § 1 in Abweichung von § 2 Abs. 4 Z. 1 der Subventionsordnung genehmigt.

NT 15) A 7 – 13951/2013-88

Informationsbericht des Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit
GR-Antrag Subsumption des Fachbeirates
Medizinische Psychologie und
Psychotherapie unter das Dach der Univ.-
Klinik für Psychiatrie, Petition an den
Universitätsrat und das Rektorat der
Medizinischen Universität Graz

Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Petition ergehe an den Universitätsrat und das Rektorat der Medizinischen Universität Graz.

NT 18) A 8-6640/2013-31

Katastrophenschutz und Feuerwehr,
Hagelabwehr
Projektgenehmigung über € 174.328,- in
der OG 2013-2017

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF. LGBl. 8/2012, beschließen:

In der OG 2013-2017 wird die Projektgenehmigung „Hagelabwehrvertrag“ mit Gesamtkosten über € 174.328,- beschlossen. Die Bedeckung der im Motivenbericht genannten Jahrestanchen erfolgt aus dem Eckwert der Abteilung „Feuerwehr und Katastrophenschutz.“

NT 20) A 8-40946/2008-66
A 8-6642/2013-81
A 15/20033/2011

ECO WORLD STYRIA –
Umwelttechnik Cluster GmbH
1. Stimmrechtsermächtigung für den
Vertreter der Stadt Graz in der
Generalversammlung gemäß § 67 des
Statutes der Landeshauptstadt Graz
1967
2. Gesellschafterzuschuss in der Höhe von
€ 100.000,- für das Jahr 2014, Abschluss
eines Finanzierungsvertrages und
haushaltsplanmäßige Vorsorge

Der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus sowie der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1.

Der Vertreter der Stadt Graz in der CO WORLD STYRIA – Umwelttechnik Cluster GmbH, Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher, wird gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. 130/1967 idF. LGBl. 8/2012 ermächtigt in der Generalversammlung folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zu TOP 2 - Genehmigung der Tagesordnung.
2. Zu TOP 3 - Genehmigung des Protokolls der letzten Generalversammlung vom 22.5.2013.
3. Zu TOP 4 - Zustimmung zum Jahresplan 2014 und Budget 2014.
4. Zu TOP 5 - Zustimmung zur Ausschreibung der Geschäftsführung durch die Gesellschaft, vertreten durch Mag. (FH) Ulrike Czettel, M.A.I.S.
5. Zu TOP 6 - Bestellung von Mag. (FH) Ulrike Czettel, M.A.I.S. zur selbständig vertretungsbefugten Prokuristin.

2.

Im Sinne der 15%igen Beteiligung der Stadt Graz an der ECO WORLD STYRIA – Umwelttechnik Cluster GmbH wird ein Gesellschafterzuschuss in der Höhe von € 100.000,- für das Jahr 2014 und der Abschluss eines Finanzierungsvertrages, der einen integrierenden Teil der Beschlussfassung bildet, genehmigt.

Die Auszahlung des Gesellschafterzuschusses für 2014 erfolgt zu Lasten der Fipos 5.78930.755000 „Lfd. Transfers an Unternehmungen, Eco World Styria“, per 30.6.2014 auf das noch namhaft zu machende Konto der Umwelttechnik Cluster GmbH, Eco World Styria, Reininghausstraße 13, 8020 Graz.

In der AOG 2014 werden folgende Budgetveränderungen genehmigt:

Fipos	Bezeichnung	Aufstockung 2014
5.78930.755000	Lfd. Transfers an Unternehmungen, Eco World Styria	
	Anordnungsbefugnis: A 15	100.000
6.78930.346000	Investitionsdarlehen von Kreditinstituten	
	Anordnungsbefugnis: A 8	100.000

Die Bedeckung dieser Summe erfolgt aus dem mit dem Grazer Stabilitätspakt definierten Investitionsrahmen 2013-2017.

Die Tagesordnungspunkte 1), 2), 3), 4), 5), 6), 7), 8), 9), 12), NT 14), NT 15), NT 18) und NT 20) wurden einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GR.ⁱⁿ Heuberger

10) A 14-013887/2013

12.21.0 Bebauungsplan
Pfeifferhofweg/Radegunder Straße
XII. Bez., KG Andritz
Beschluss

GR.ⁱⁿ **Heuberger**: Geschätzte Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, wertees Präsidium, werte Gäste auf der Galerie! Es geht um einen Bebauungsplan am Pfeifferhofweg, in der Radegunder Straße in Andritz, welcher ermöglicht eine Wohnbebauung nach dem Flächenwidmungsplan 3.0 beziehungsweise nach dem STEK 4.0 vom Jahr 2002. Entsprechend können dort sieben viergeschossige und zwei drei- bis viergeschossige Baukörper errichtet werden, die nach einem Architektenwettbewerb kreiert wurden. Die Baukörper weisen begrünte Flachdächer auf. Im Inhalt des Planes ist eine Tiefgarage mit 160 Stellplätzen vorgesehen, wozu die Zufahrt vom Pfeifferhofweg errichtet wird. Zur Verbreiterung des Pfeifferhofweges von sechs bis sieben Metern sind die hierfür benötigten Grünflächen unentgeltlich und lastenfrei abzutreten an die Stadt Graz und anschließend ein öffentlich nutzbarer Gehsteig von der Breite in zwei Metern zu

errichten. Ebenso wird die Kreuzung der Radegunder Straße am Pfeifferhofweg ausgebaut. Im Bereich der Wohnbauten werden 40 Besucherstellplätze entlang der Radegunder Straße situiert, wobei dieser Bereich zur Straße hin mit einer Lärmschutzwand versehen wird. Der Innenraum der geplanten Wohnanlage wird autofrei und begrünt gehalten, zudem wird dieser Innenbereich für die Grünanlagen als Spielflächen genutzt. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 12.21.0 Bebauungsplan „Pfeifferhofweg/Radegunder Straße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen

GR. **Dreisiebner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein ganz normaler Bebauungsplan irgendwo im peripheren Gebiet unserer Stadt. Es ist nichts besonders Aufregendes auf den ersten Blick, es ist teilweise Wohnen bis 0,8, Wohnen bis 0,6 zum anderen, zum kleineren Teil. Was uns sehr stört daran ist, dass es eine sehr konservativer Zugang ist in Bezug auf die Parkierung, und zwar werden zwar nur ein Stellplatz für 70 bis 90 m² Wohn- und Nutzfläche zur Verfügung gestellt, allerdings werden 160 von den 200 gesamt in Tiefgaragenparkierung angeordnet und 40 Besucherstellplätze, das ist ein sehr konservativer Zugang. Ich und wir gehen davon aus, dass das keine Besucherstellplätze sind, sondern dass das für die berühmten Zweitautos ist und auf der anderen Seite natürlich für den Bauwerber eine billigere Lösung, die zu Lasten des öffentlichen Freiraumes geht. Eine zweite Geschichte, die

für uns auch nicht zufriedenstellend geregelt und gelöst ist, ist, dass in etwa 20 Meter Entfernung von der stark befahrenen Radegunder Straße die Tiefgaragenein- und -ausfahrt ist, dazu kommt der dahinterliegende Pfeifferhofwegbereich natürlich noch weiterer Verkehr und es könnte dort zu ziemlichen Komplikationen bei den Ausfahrten und vor allem auch bei den Einfahrten, die nach links stattfinden müssen, kommen. Das heißt, unter Umständen auch Auswirkungen in die Radegunder Straße hinein. Wir hätten da eine andere Lösung bevorzugt. Für uns ist das, wie gesagt, wir hatten schon viel bessere Bebauungspläne und das sind für uns die Hauptkritikpunkte; andere Einwendungen der BürgerInnen konnten zum großen Teil entkräftet werden, wir werden aber trotzdem dagegen stimmen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Gemeinderat, hoher Gemeinderat, werte Zuhörer! Nur ganz kurz eine Replik auf den Kollegen Dreisiebner, weil wir das ja schon im Ausschuss besprochen haben, aber wenn das da noch einmal thematisiert, wird auch kurz die Antworten. Also diese Befürchtungen sind von der Verkehrsabteilung, die ja anwesend war im Ausschuss, natürlich aufgenommen worden, aber sie werden nicht geteilt. Das Erste mit der Parkierung, dass man Besucherparkplätze oberirdisch macht: Sie werden das alle kennen, heutzutage wenn in einem Geschosswohnbau mit vier Stöcken ein paar Blöcke sind, wenn da nur eine dieser Wohnungen eine kleine Feier oder irgendeine Party hat, hat man sofort vier/fünf Autos pro Wohneinheit und da braucht man diese 40 Parkplätze und die sind eben ausgesprochene Besucherparkplätze und da bin ich dann auch schon der Genossenschaft, die das bauen wird, vertraue ich schon, dass das dann auch dementsprechend gekennzeichnet und auch kontrolliert wird. Das Zweite mit der Verkehrsbelastung und der Ausfahrt ist auch von der Verkehrsabteilung untersucht worden, man kann die Tiergaragenausfahrt an keiner besseren Stelle machen, weil das sonst eine

negative Lärmentwicklung bei den Anwohnern hätte, also auch das ist untersucht worden und sollte es noch Probleme geben, ist uns aber zugesagt worden, dann werden die gelöst durch die Verkehrsabteilung. Danke (*Applaus FPÖ*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

Berichterstatter: GR. Dr. Piffl-Percevic

11) A 14-030678/2012-8

14.10.0 Bebauungsplan

„Eckertstraße“

XIV. Bez., KG 63107 Algersdorf

Beschluss

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat! Auch hier geht es um einen Bebauungsplan, diesmal im Westen unserer Stadt und zwar betrifft das ein als im Flächenwidmungsplan 3.0 als Kerngebiet ausgewiesenes Gebiet, Kerngebiet ausgenommen Einkaufszentrum, unmittelbar neben der FH Joanneum an oder entlang der Eckertstraße. Es handelt sich um ein zirka 20.000 m² großes Gebiet, das wie erwähnt ausgewiesen ist und zwar mit einer Bebauungsdichte von bis zu 2,0. Es hat umfangreiche Erarbeitungen und Umarbeitungen des ursprünglich von den Investoren oder von den Widmungswerbern eingereichten Projektes gegeben, wodurch städtebaulich und für diese Funktion als Bezirks- und Stadtteilzentrum von Eggenberg, dass auch diese Funktionalität sichergestellt wird. Das betrifft die Raumhöhe und den sehr geringen Wohnanteil im Parterre, wo eben für Nahversorger, für dann weitergehend ein Studentenheim, Hörsäle für die FH Joanneum und, und, und untergebracht werden, auch eine Kinderbetreuungseinrichtung. Ganz besonders wichtig war auch, die Durchwegung dieses Areals sicherzustellen durch die sogenannte Campus-Straße, die teilweise schon existiert, die sich dann als Verbindung zwischen der Eggenberger Allee und der

Eckertstraße darstellt, allerdings nicht durchgängig für den Autoverkehr. Auch innerhalb des Areals wird es eine Durchwegung und eine Platzbildung in der Gestalt geben, dass der derzeit schon vorhandene Platz vor dem Auditorium Maximum der FH-Joanneum auch durch das vorliegende Projekt eine Ergänzung erfährt und auch eine argumentierbare Platzbildung über das eigene Areal, das stadteigene Areal der FH-Joanneum hinaus sich ergibt. Im Ausschuss hat es dann auch noch umfangreiche Diskussionen gegeben, die auch die Einholung eines stadtklimatologischen Gutachtens gebracht haben. Der Herr Univ.-Prof. Dr. Reinhold Lazar hat das Stück, das in der vorletzten Ausschusssitzung unterbrochen wurde, hat dieses Gutachten in der Zeit bis zu unserer Sitzung heute erstellt und ist zum Schluss gekommen, dass diese Bebauung, wie sie nunmehr geplant ist, entsprechend stattfindet. Es hat hier umfangreiche Diskussionen dazu gegeben, ich darf jetzt schon festhalten, dass sämtliche Erarbeitungen, was da Stadtklima betrifft, am 28. November, die Einladung wird Ihnen noch zugehen, in einer Broschüre zusammengefasst auch der Öffentlichkeit und natürlich den Verantwortungsträgern in dieser Stadt zur Verfügung gestellt werden. Darf aber feststellen, dass dieses Gutachten, das diesem Flächenwidmungsplan auch zugrunde liegt, am letzten Stand dieser Erarbeitungen natürlich aufbaut und dass die Mehrheit im Ausschuss die gestellten Fragen als zufriedenstellend beurteilt hat. In diesem Sinne darf auch ich an den hohen Gemeinderat den Antrag stellen, den vorliegenden Bebauungsplan Eckertstraße die Zustimmung zu erteilen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 14.10.0 Bebauungsplan „Eckertstraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie

2. die Einwendungserledigungen

GR. **Dreisiebner:** Es haben sich bei den Einwendungen einige Fragen ergeben in Bezug auf die stadtklimatologische Auswirkung dieser Baukörper. Im September wurde das Stück zurückgezogen, zurückgestellt, weil es noch keinen unterschriebenen Mobilitätsvertrag gegeben hat, in der Zwischenzeit, im September hatten wir das noch gar nicht, in der Zwischenzeit gibt es dieses Gutachten von Prof. Lazar und Sulzer, das in der schlussendlichen Beurteilung im Schlusssatz das sagt, was Kollege Piffli-Percevic gesagt hat. In der vorhergehenden Analyse des Gutachtens ist es mir zumindest, und ich glaube auch einigen anderen im Planungsausschuss, nicht schlüssig gewesen, wie man von der Herleitung, von der Analyse auf diesen Schluss kommt. Das heißt, jetzt kritisiere ich nicht Prof. Lazar und Sulzer, sondern ich sage ganz offen und ehrlich, wir alle sind in dieser Frage Stadtklima Laien und haben auch gestern noch die Anregung ausgesprochen, den Herrn Prof. Lazar in den Ausschuss einzuladen. Dem konnte nicht Folge geleistet werden. Jetzt kann ich entweder, ohne ausreichend für mich Klarheit zu haben, dem zustimmen, oder so wie wir es tun werden dem nicht zustimmen, weil, wie gesagt, für mich da zu viele Fragen offen sind, es sich nicht erschließt, was das Gutachten am Schluss sagt. Deswegen unsere Gegenstimme, die hiermit angekündigt sei. Ansonsten ist der Bebauungsplan sehr gut und intensiv diskutiert worden, aber wie gesagt, das bleibt über und ich kann eine Einwendung nicht einfach so abhandeln, dass ich zwar ein Gutachten bekomme, das richtig sein mag, aber, ich glaube, fast niemand im Ausschuss wirklich verstanden hat, wie man am Ende auf diese Schlüsse kommt (*Applaus Grüne*).

GR. **Pacanda**: Jetzt geht es nur mehr um Ergänzungen. Dem Vorigen kann ich mich nur komplett anschließen. Das, was vorher angesprochen worden ist vom Herrn Piffli-Percevic, war auf die Bebauungsdichte von 2,0, die im Bebauungsplan überschritten wird. Bei uns ist es bei den Piraten sehr heiß diskutiert worden dieses ganze Thema und wir werden Bebauungsdichteüberschreitungen nicht mehr zustimmen, mit der einzigen Ausnahme, wenn in diesem Sinne nicht die Investoreninteressen primär befriedigt werden sollen, sondern öffentliche Interessen, das könnte sein eine Schule, ein Krankenhaus und wenn das auf dem Grundstück gebaut wird, dann könnte man sich da irgendwie noch einstellen. Wichtig ist einfach, dass man von unserer Seite jetzt auch weiß, Bebauungsdichteüberschreitungen gibt es bei uns keine mehr, also wir werden keinen Bebauungsplänen zustimmen, wo es zu einer Bebauungsdichteüberschreitung kommt, weil das haben wir eh oft genug. Dankeschön (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Savernik**: Herzlichen Dank Philip, herzlichen Dank Karl, ihr habt wirklich schon sehr viel gesagt zu dem Punkt, danke Philip vor allem für deine Feststellung mit der Bebauungsdichte. Wir haben das in vielen Ausschüssen intensiv schon behandelt und wir werden jetzt auch genau hinschauen, wo wir eine Baudichteerhöhung haben, ganz genau werden wir hinschauen. Wir schließen es nicht kategorisch aus, aber wir werden genauer hinschauen, das muss einfach jetzt gesagt werden. Weil die SPÖ kann deswegen nicht zustimmen aus einem ganz einfachen Grund: Wir haben heute um 12.15 Uhr eine Informationsveranstaltung angesetzt gehabt mit dem Herrn Dipl.-Ing. Inninger aus der Stadtplanung und um 12.00 Uhr beginnt der Gemeinderat. Also da muss man jetzt wirklich sagen, das geht nicht, also man kann einfach nicht diesen Informationsfluss bei so einer Entscheidung, und das ist eine Tragweite die wir einfach so nicht hinnehmen können, da geht es nämlich um die komplette Entwicklung Reininghaus. Wenn wir jetzt

diesem Bebauungsplan mit diesen 2,3 Baudichte und vor allem der Höhe zustimmen, dann stimmen wir zu, dass wir nicht wissen, was für Auswirkung das auf das gesamte Stadtklima hat. Weil, und da hat der Karl Dreisiebner hundertprozentig Recht, keine Ahnung, was der Professor Lazar mit seinem letzten Satz sagen will, weil vorher sagt er genau das Gegenteil in seiner Studie und deswegen wollten wir ihn einfach nur befragen, wie er auf diesen Schluss kommt. Wir haben die Gelegenheit nicht bekommen, das Stück ist schon einmal runtergenommen worden, weil der Mobilitätsvertrag vom Bewerber nicht unterschrieben ist, also so dringend kann es ihm nicht sein, wenn er Urlaub fährt, statt den zu unterschreiben. Und deswegen können wir dem allein schon aus fehlenden Informationen einfach nicht zustimmen, das tut uns leid, vielleicht wären wir mitgegangen, aber wir wissen einfach nicht, was wir da abstimmen, es tut uns leid, diese Entscheidung steht auf sehr wackeligen Beinen. Danke (*Applaus SPÖ und Grüne*).

GR. **Eber**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir haben uns die Entscheidung natürlich nicht leicht gemacht und wir haben, wie es ja schon gesagt worden ist, von den anderen Kollegen jetzt im Ausschuss sehr intensiv und detailliert darüber beraten. Wichtiger Punkt dabei war, wie es angesprochen worden ist, die Stadtklimaanalyse vom Herrn Prof. Lazar, der sich also da natürlich eingebracht hat und aus seiner Sicht zur Schlussfolgerung kommt, dass es aus stadtklimatologischer Sicht keine Einwände gegen diesen Bebauungsplan gibt. Nun ist es natürlich so, dass es dennoch Kritik daran gibt. Man muss aber dennoch sagen, und das war für uns ausschlaggebend, dass wir gesagt haben, der Herr Prof. Lazar ist ja nicht irgendwer, sondern beschäftigt sich seit Jahren, seit Jahrzehnten eigentlich mit Stadtklimafragen, war da einer der Vorreiter auch und hat von da her auch in bestimmter Weise mit unserem Vertrauen zu rechnen natürlich. Andererseits ist es auch so, und darauf hat der Herr Dipl.-Ing. Inniger im Ausschuss aufmerksam

gemacht, dass natürlich die stadtklimatologische Fragen nicht das einzige ausschlaggebende Kriterium für einen Bebauungsplan sein können, denn auch wenn man aus klimatologischer Sicht alles hundertprozentig richtig macht, dann heißt das natürlich nicht, dass etwas herauskommt, womit wir dann auch zufrieden sind. Das ist egal, ob das jetzt die Höhe, die Dichte, die Breite, die Lage usw. anbelangt. Bedanken möchte ich mich jedenfalls beim Herrn Inninger auch an dieser Stelle, dass er zu uns in den Klub gekommen ist und da Fragen beantwortet hat, soweit er es natürlich auch gekonnt hat. Es sind aus unsere Sicht noch zwei Wünsche sozusagen offen geblieben, die jetzt vielleicht nicht unmittelbar hundertprozentig mit dem Bebauungsplan zu tun haben, aber doch natürlich in engstem Zusammenhang stehen. Das ist einerseits, dass wir uns wünschen, dass doch eine bestimmte Anzahl von Parkplätzen insbesondere für die Heimgärtner und Heimgärtnerinnen in diesem Gebiet erhalten bleiben, weil die halt auch oft einmal dort was liefern müssen oder was abholen oder sonstwie das benötigen. Zum Zweiten würden wir uns natürlich auch wünschen, dass es in der Eckertstraße entlang der Bebauung, die dort entstehen soll, auch einen eigenen Fahrradstreifen dafür vorgesehen werden soll. Wir werden also von daher dem Bebauungsplan auch in dieser Form die Zustimmung geben. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat! Zur Stadtklimatologie habe ich ja schon ausgeführt. Ich möchte aber nicht unkommentiert lassen die Ausführungen von meinem Kollegen Savernik und auch von Gemeinderat Pacanda zur Bebauungsdichte. Es erweckt den Eindruck die Wortmeldungen, dass eine Überschreitung einer Bebauungsdichte ein Kniefall vor einem Investor wäre, einfach um mehr Profit aus einem Projekt zu ziehen. Es ist die Überschreitung erstens in einer Landesverordnung ausdrücklich festgehalten und genau geregelt. In der sogenannten Bebauungsdichte-Verordnung Landesgesetzblatt 58/2011. Es ist legislatisch, vielleicht

verführt es, einen Gnadenakt darin zu sehen, es ist ein Recht, das damit auch steht und es ist die Berechtigung des Gemeinderates, auch unter dem Titel „Ausnahme“ davon Gebrauch zu machen und es ist aus meiner Sicht, ich möge verbessert werden, einer der ganz wenigen Hebel, den wir haben im Raumordnungsgesetz, was sogenannte Vertragsraumordnung betrifft. Unter der Bedingung, die vom Bauwerber oder vom Projektwerber einzuhalten ist, dass er mehr an Freiflächen ausweist, dass er die Bebauung mehr im öffentlichen Interesse vornimmt, das selbstverständlich die Anschlüsse an das öffentliche Verkehrsnetz günstig ausgestaltet sind und Durchwegung und, und, und kann genau anhand dieser Kriterien diese Erhöhung in genau festgelegtem Ausmaß vorgenommen werden. Wenn ich hergehe und sage, bei mir gibt es de facto keine Erhöhung, dann begeben mich jeglicher Verhandlungs- und Gestaltungsmöglichkeit aus stadtplanerischer Sicht, das kann nicht im Interesse der Stadt sein. Es ist selbstverständlich die Haltung, was Bebauungsdichten insgesamt betrifft, der jeweiligen Fraktion und dem jeweiligen Gemeinderat anheimgestellt, aber ich muss auch sagen, dass die Ausweisung im Flächenwidmungsplan bereits diese Erhöhungsmöglichkeit berücksichtigt. Das heißt, sie ist nicht höchstmöglich vertretbar vorgenommen, sondern bereits abgesenkt, um den Investoren, die quasi städtebaulich Entgegenkommen zeigen, ein Zuckerl zu geben, damit ich dann im Ziel bin und eine in jedem Fall maximal, bei Ausschöpfung der maximalen Höhe, eine argumentierbare und vertretbare Dichte habe, das wollte ich hier sagen, weil wir hier, glaube ich, nicht am Anfang solcher Debatten und das ist ein großes Entwicklungsgebiet und die Bebauungspläne häufen sich ja, dass wir hier nicht eine falsche Weichenstellung vornehmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Savernik**: Danke Peter, dass du die Bebauungsdichte-Verordnung angesprochen hast, dort steht nämlich im § 3 auch was ganz Wichtiges drinnen. Nur

ganz kurz, ein Punkt ist eine Eingliederung in die umgebende Architektur. Wir sind dort ein Drittel höher, wir sind 35 Meter...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Stimmt nicht.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Gesek: Stimmt nicht.

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Savernik**: ...statt der 20 Meter, die umgeben sind, und wenn man das einfach als Eingliederung und Anpassung hernimmt, dann ist das einer meiner Meinung nach und ich glaube, da sind viele in diesem Ausschuss auch der Meinung, dass das eine falsche Auslegung von der Bebauungsdichte-Verordnung ist. Bitte § 3 genau lesen (*Applaus SPÖ*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne und Piraten) angenommen.

Stadtrat Eisel-Eiselsberg übernimmt um 13.55 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatterin: Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck

NT 13) A 5-55139/2013-1

Informationsbericht Arbeit und
Beschäftigung

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Hoher Gemeinderat! Ich freue mich sehr, heute einmal einen ersten Teil eines Berichts bezüglich Arbeit und Beschäftigung dem Gemeinderat vorzulegen. Wie gesagt, die Betonung liegt auf erster Teil. Wenn Sie diesen Bericht gelesen haben, dann wissen Sie, dass die Strategie und die Schwerpunkte jetzt einmal sehr schematisch angedeutet sind, wir sind jetzt gerade dabei, diese Stelle Arbeit und Beschäftigung auszuschreiben, es soll ja eine verantwortliche Person im Bereich des Sozialamtes geben, die sich intensiv um dieses Thema kümmert. Ich erwarte, dass die Ausschreibung in den nächsten Tagen, die natürlich öffentlich passieren wird, hinausgehen wird. Ich möchte ganz kurz einen Streifzug machen durch diesen Bericht. Wie gesagt, es ist jetzt einmal sehr klar der Status quo erhoben. Die Stadt Graz hat sich ja schon länger um dieses Thema bemüht, hat sich schon länger um dieses Thema gekümmert, hat dieses Thema und Beschäftigungsinitiativen und Projekte doch schon seit einigen Jahren beziehungsweise Jahrzehnten aus dem Sozialbereich heraus finanziert, weil Arbeit und Beschäftigung natürlich auch eng mit den sozialen Bereichen im Zusammenhang stehen. Angeführt ist die Grazer Lehrlingsoffensive, das ist jenes Projekt, das im Herbst letzten Jahres jetzt einmal gestartet wurde in Kooperation mit dem Verein Erfa, wo es darum geht, wirklich benachteiligte Jugendliche, die am ersten Arbeitsmarkt überhaupt keine Chance hätten, eine Lehrstelle zu finden, denen bewusst eine Chance zu geben und ein Lehrverhältnis im Haus Graz anzubieten. Der erste Durchgang läuft, soweit ich höre nach Rücksprachen, sehr, sehr zufriedenstellend. In den nächsten Wochen startet der zweite Durchgang, wo wieder 12 jungen Menschen eine Chance gegeben werden soll. Die niederschwellige stundenweise Beschäftigung, die üblich Verdächtigen in diesem Bereich, die Projekte kennen Sie bestimmt, das ist jener Bereich, der vom AMS nicht gefördert wird, wo es

Förderungen von Seiten des Landes Steiermark gibt und wo die Stadt Graz auch aus Tradition heraus schon länger mitfördert. Das Projekt Tagwerk der Caritas, das Projekt Heidenspaß, der Verein Erfa bietet auch stundenweise Betreuung an, und ein Projekt konnten wir konkret für sogenannte Neets, also für Jugendliche, die in ihrem Lebenslauf so einen Knax drinnen haben, die Schulabbrecher /Schulabbrecherinnen sind, die keine Lehre finden, die sozusagen abtauchen, die auch nirgends vorgemerkt sind, im letzten Herbst auf die Beine stellen, das ist eine Kooperation gemeinsam mit der Holding Graz und mit Jugend am Werk, wo Jugendlichen stundenweise Beschäftigung im Grünraum angeboten wurde, um eben jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, wieder langsam an den Arbeitsmarkt heranzukommen. Das ist auch ähnlich zu sehen von der Zielgruppe her wie die Produktionsschule, die Produktionsschule finden Sie in diesem Bericht nicht, weil diese Maßnahme, die sehr, sehr gut funktioniert, wo auch die Plätze in unserer Stadt aufgestockt werden sollen, wird, wie Sie wahrscheinlich wissen, vom Bund und vom Land finanziert. Also da sind wir als Stadt jetzt einmal nicht gefordert. Dann der Bereich der Transitarbeitskräfte, ich möchte das jetzt wirklich nur sehr kurz streifen, Sie finden alle Informationen im vorliegenden Bericht. Die Projekte auch von Caritas, Bfi, der Verein Bicycle, BAN, auch Erfa im Bereich der Gemeindekooperation, wo wir schon sehr viel gemeinsam machen. Speziell verweisen möchte ich in diesem Bereich auf ein Projekt, das zu 100 % von der Stadt Graz finanziert wird, zu 100 % aus dem Sozialressort finanziert wird, das ist die Erfa-Nähwerkstatt, wo die Zielgruppe Frauen, im speziellen Frauen mit Migrationshintergrund, sozusagen bearbeitet wird beziehungsweise das Angebot eben für Frauen zur Verfügung steht, wo neben der Vermittlung von Fachkompetenzen es auch darum geht, MigrantInnen Deutsch zu vermitteln und das Ziel, aber das ist bei allen Projekten, glaube ich, klar, ist natürlich immer die Heranführung an den zweiten beziehungsweise im besten Fall natürlich an den ersten Arbeitsmarkt. Ich bedanke mich an dieser Stelle auch sehr herzlich beim Klubobmann Hohensinner, der gestern in der Sozialausschusssitzung noch einmal darauf hingewiesen hat, die Zielgruppe von Menschen mit Behinderung speziell

herauszugreifen, das haben wir jetzt im Bericht auch noch nachgeholt, da gibt es eine spezielle Maßnahme, die im Freiwilligenbereich kofinanziert wird, das ist die Reha Druck, wo eben speziell Menschen mit Behinderung die Möglichkeit eines Arbeitsplatzes angeboten wird. Ich habe in diesem Bericht darauf verzichtet, alle Maßnahmen im Rahmen des Behindertengesetzes anzuführen, natürlich gibt es auch im Rahmen des Behindertengesetzes Arbeit und Beschäftigung, aber nachdem das ein Landesgesetz ist, wo wir ohnedies verpflichtet sind aus gesetzlicher Gegebenheit heraus, dort kofinanzieren, die habe ich jetzt in diesem Bericht nicht angeführt. Spezielle Zielgruppe auch noch ältere ArbeitnehmerInnen, da wird auf ein spezielles EU-Projekt Senior Kapital verwiesen, das vom Referat Frauen und Gleichstellung von Seiten der Stadt Graz getragen wird, wo es darum geht, spezielle Maßnahmen zu entwickeln, um eben ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möglichst lange im Arbeitsprozess zu halten beziehungsweise auch gute Jobmöglichkeiten für ältere Menschen zur Verfügung zu stellen, und nachdem ich auch seit Ende Jänner für den Bereich der Wissenschaft zuständig sein darf, gibt es in diesem Bereich auch eine ganz klare inhaltliche Festlegung, nämlich die Wissenschaftsförderung speziell unter diesen Gesichtspunkten auch herzugeben, auszuschießen, dass damit Arbeit geschaffen werden kann eben für Nachwuchsforscherinnen und Nachwuchsforscher. Ich habe ein bezügliches Gespräch mit dem Wissenschaftsbeirat, wo alle Rektorinnen und Rektoren vertreten sind, geführt und dieser Idee wurde sehr wohlwollend nähergetreten von Seiten des Wissenschaftsbeirates. Ein kurzer Ausblick, wie gesagt, es geht jetzt einmal darum, diese Stelle zu besetzen, diese Stelle soll sich als Informationsdrehscheibe verstehen, soll sich einfach als zuständige, deklarierte, definierte Stelle der Stadt Graz verstehen, es gibt einen regionalen Beschäftigungspakt, wo die Stadt Graz bisher nicht entsprechend vertreten war. Es gilt, gemeinsame Strategien mit den Stakeholdern in diesem Bereich zu erarbeiten und langfristig einen kommunalen Aktionsplan zu erarbeiten. Selbstverständlich sind auch alle Fraktionen des Gemeinderates eingeladen, hier mitzuarbeiten, mitzudiskutieren und bei den einzelnen Maßnahmen mitzuarbeiten. Ich möchte nur

zwei Bereiche vielleicht besonders herausstreichen: der eine Bereich ist, wie gesagt, der Bereich der Lehrlinge. Hier wird es darum gehen, außerhalb dieser zwölf Lehrlinge, die ich schon angesprochen habe im speziellen Projekt, insgesamt das Lehrstellenangebot im Haus Graz nach oben zu bringen. Wir sind in sehr, sehr intensiven Gesprächen und Verhandlungen. Es gilt natürlich, immer die Budgetsituation der Stadt Graz im Auge zu haben. Nachdem meine Fraktion das Budget der Stadt Graz unterstützt hat, fühlen wir uns natürlich auch diesem Budget verpflichtet, fühlen uns verpflichtet, die maximale Schuld oder den maximalen Schuldenstand, den wir mit diesem Budgetbeschluss auch festgelegt haben, natürlich nicht zu überschreiten, das heißt, es geht darum, wirklich effiziente und möglichst Kosten sparende Wege zu finden, da sind wir gerade sehr intensiv dabei, und gleichzeitig trotzdem möglichst vielen jungen Menschen einfach die Möglichkeit zu geben, im Bereich des Hauses Graz ihre Erfahrungen zu sammeln. Entweder in Form einer wirklichen Lehrausbildung oder auch in Form eines Praktikums im Zuge einer Lehrausbildung. Der zweite Bereich, also das Hauptziel, das ich definieren möchte, ist die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, der zweite Bereich wird eine Vertiefung, eine Verbreiterung im Bereich der Neets sein, das habe vorhin schon angeführt, da wird es auch darum gehen, ein eigenes Projekt als Stadt Graz anzubieten für Jugendliche, Zielgruppe 15 bis 25, mit niederschwelliger Beschäftigung, wo es darum geht, auch einen Job anzubieten beziehungsweise eine Branche anzubieten, die zukunftsträchtig ist. Ich schätze Heidenpaß, ich schätze Tagwerk sehr, ich möchte nur dazusagen, dass es in der Branche der Taschennäher und Taschennäherinnen natürlich nicht jetzt die riesigen Jobaussichten gibt. Das heißt, ich möchte ein weiteres Projekt auf die Beine stellen, wo es wirklich eine Branche ist, wo dann auch Aussicht ist, einen Job zu finden beziehungsweise auch tatsächlich eine Lehre, einen Schritt in eine Lehre zu schaffen, darum wird es ganz stark gehen und es geht natürlich auch darum, generell im Haus Graz sensibilisiert zu sein, zu schauen, in welchen Bereichen wären Kooperationen mit einzelnen Beschäftigungsbetrieben sinnvoll und möglich in Bereichen, in denen wir jetzt vielleicht noch gar nicht daran

denken. Also darum wird es in Zukunft sehr, sehr stark gehen. In diesem Ressort, wie gesagt, das ist einmal ein erster Informationsbericht, eine kleine Vorschau, die Strategie wird folgen, wird möglichst rasch folgen, werden wir selbstverständlich im Ausschuss diskutieren und ich freue mich, wenn Sie da auch Ihre Meinung, Ihre Erfahrungen einbringen und bei diesem schönen, neuen Projekt der Stadt Graz auch mitwirken. Vielen Dank (*Applaus SPÖ*).

Die Berichterstatteerin stellt namens des Ausschusses für Soziales den Antrag, der Gemeinderat wolle den vorliegenden Informationsbericht zur Kenntnis nehmen.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Dankeschön für diesen Bericht. Ich darf auch eine ehemalige Gemeinderatskollegin, Frau Gerti Schloffer, sehr herzlich auf der Galerie begrüßen (*allgemeiner Applaus*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 14.10 Uhr den Vorsitz.

GR. **Luttenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal besten Dank für den Bericht von der Kollegin Vizebürgermeisterin. Wir haben gestern lange im Klub über diesen Punkt diskutiert und wir haben uns auf folgende Strategie geeinigt: Wenn es darum geht, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen, dann werden wir das tun. Aber erlauben Sie mir schon ein paar, Sie kennen meine Art, ein paar sarkastische Anmerkungen zu machen. Wer heute die Kleine Zeitung liest, und das werden sicher

die meisten von uns getan haben, da steht ganz genau drinnen, was die Kleine Zeitung zu vielen dieser Punkte meint, was da gesagt worden ist. Und Sie wissen, die Kleine Zeitung ist nicht gerade in Herzensfreundschaft zu uns verbunden, aber wie ich das gelesen habe, habe ich vieles gleich wieder weggestrichen, was ich mir gestern bei der Abendlektüre dieses Grazer Weges aufgeschrieben habe. Prinzipiell muss ich natürlich sagen, bin ich persönlich froh für jeden Arbeitsplatz, der verteidigt wird und der neu geschaffen wird, dass das auch einmal klar ist. Und wenn der Schwerpunkt bei der Jugend und bei den Lehrlingen liegt, oder dass da und dort noch andere Arbeitsplätze geschaffen werden im Bereich Graz, so ist das einer schöne Sache. Aber die Kronen Zeitung schreibt ja, ihr kommt ebenfalls vor, dass das alles sehr allgemein gehalten ist, alles wartet auf den Grazer kommunalen Aktionsplan und jetzt kommt eben auch mein sarkastischer Anmerk, also eines ist sicher passiert, also eine neue Arbeitsstelle wurde schon einmal geschaffen, aber da muss ich sagen, den oder die, der in diesem Büro für Arbeit sitzt, den bedauere ich eigentlich, denn wenn ich mir dieses Papier durchlese, abgesehen davon, dass sehr viel Bürokratisches drinnen steht, also der muss Konzepte entwickeln, Symposien muss er veranstalten, EU-Projekte muss er machen, alles gut und schön. Ich selber habe in meinem Berufsleben EU-Projekte konzipiert und entwickelt, also ist das allein schon ein Fulltimejob, also alleine von dieser Aufgabenstellung her müsste ja diese Person bald in eine bedrohliche Burn-out-Nähe kommen. Aber gleichzeitig muss ich euch sagen, das Problem ist ja anders gestrickt und das war ja auch der Grund, warum ich versucht habe im Juli, diesen runden Tisch hier zu initiieren, um auf die Aktualität aufmerksam zu machen. Ich erinnere, wir reden in Graz bitte von 14.053 arbeitslosen Damen und Herren, das sind 16,4 %. Das würde heißen, dass so ein Bezirk wie Graz Liebenau vom Baby bis zum Greis keine Arbeit hätte. Jetzt kommt noch dazu, das sind die Zahlen, die im September ausgedruckt worden sind. Alle Prognosen deuten darauf hin, dass die Arbeitslosenzahlen weiter steigen werden, auch in Graz. Dazu kommt noch die sogenannte versteckte Arbeitslosigkeit, der Kurier, ebenfalls keine Parteizeitung von uns, behauptet, dass offiziell EU-mäßig sind in Österreich 5,1 % der Menschen

arbeitslos, aber in Wirklichkeit sind es 10,3 %. Wenn ich das für Graz aufrechne, reden wir nicht von 14.000 Leuten, sondern von 20.000 bis 22.000 Personen, die entweder arbeitslos sind oder in einer arbeitslosähnlichen Situation. Damit ich nicht missverstanden werden, also Sie werden von mir sicherlich nicht hören, dass die Stadt Graz alleine in der Lage ist, dieses gewaltige Problem zu heben, also da sind wir uns sicher einer Meinung. Aber diese Funktion, die da geschaffen werden soll, kann nur funktionieren, wenn es da ein Netzwerk gibt zwischen den Verantwortlichen der Stadt Graz, zwischen dem Land Steiermark und zwischen der Bundesregierung, die irgendwann ja sich wieder neu konzipieren wird. Und das muss ein Donnerschlag sein und kein Lüfterl. Also jetzt sage ich einmal salopp, also irgendwie müssen wir im Jahr 2014 reden, dass wir nicht ein paar Dutzend Leute wieder in die Arbeit bringen, sondern jetzt sage ich einmal 1.000 bis 2.000 in Graz, aber nicht irgendwie alibihaft, sondern die müssen arbeiten und müssen ein Auskommen fürs Leben haben, also das sind in meinen Augen wirklich Punkte, die zu überlegen sind und abschließend möchte ich also sagen, ich meine, der Grazer Weg muss ein mutiger Weg sein und der darf kein kleinlicher Weg sein und da sind wir alle angehalten, mutige Schritte zu tun und natürlich reichen wir, abschließend gesagt, auch der Frau Vizebürgermeister Schröck die Hand, da mitzuhelfen, aber wie gesagt, es geht nicht um ein paar Dutzend, alles gut und schön, es geht um eine gewaltige Aufgabe. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Schartel**: Vorweg, Frau Vizebürgermeisterin, möchte ich nur eine Anmerkung machen und zwar, mich hat ein bisschen sehr verärgert, dass die Medien bereits schon wieder einmal vorher mit etwas sehr doch Wesentlichem informiert wurden, bevor die Gemeinderäte informiert wurden. Das stimmt zwar, dass natürlich die Ausschussmitglieder schnell Zugang zu diesem Informationsbericht haben, aber an und für sich die Klubs selber oder auch Nicht-Ausschussmitglieder haben erst

theoretisch diesen Informationsbericht erhalten, nachdem es bereits in den Medien war. Aber ist nicht so wichtig. Es geht um viel wesentlichere und wichtigere Dinge. Wie ich mir diesen Bericht durchgeschaut habe und gelesen habe, habe ich natürlich sehr viel mir vertraute und bekannte Namen von Vereinen gefunden, die wie Sie heute selber in Ihrer Wortmeldung gesagt haben, schon teilweise jahrzehntelang genau in diesem Bereich im Auftrag der Stadt Graz für diese bestimmte Klientel tätig ist. Jetzt auf einmal, nach gut, nehmen wir an, 10/15 Jahren kommt die Vizebürgermeisterin auf die Idee und erachtet diese Problematik so wichtig, dass eine eigene Koordinationsstelle für Arbeit und Beschäftigung geschaffen wird. Das heißt aber jetzt für mich, dass die Stadt Graz zirka 10/15 Jahre lang umsonst subventioniert hat die Vereine, weil sie bis dato nicht erfolgreich gearbeitet haben. Es gibt erfolgreiche Vereine, wie Sie hier erwähnen, zum Beispiel bei BAN und Bicycle, das ist eindeutig ein sehr erfolgreiches Projekt, aber es gibt auch Vereine wie ISOP, Nova, Danaida, Mafalda und wie sie alle heißen, die seit mehreren Jahren Geld von der Stadt Graz bekommen, und Sie gehen jetzt her und sagen, ja, die gibt es, aber die machen ihre Arbeit nicht so gut, weil Sie müssen das Ganze jetzt mit einer neuen Stelle noch einmal überdrüberkoordinieren. Und bei Ihrer Lehrlingsoffensive, ist sicherlich sehr, sehr gut. Aber wie Sie wissen, Lehrlinge sind befristete Dienstverhältnisse. Das heißt, wenn ich jetzt nicht eine Alibiaktion mache, dass ich sage, ich tu was für die Jugendarbeitslosigkeit, würde ich bitte anregen, dass man mit der Wirtschaft in Kooperation tritt und ihnen anbietet, dass jene Lehrlinge, die in der Stadt Graz dann eine erfolgreiche Ausbildung abgeschlossen haben, auch die Garantie haben, dass sie dann, wenn sie ausgebildet sind, auch arbeiten können, weil wir wissen leider alle, die Stadt Graz kann nicht alle ausgebildeten Lehrlinge dann weiterhin beschäftigen, und für uns wäre ein Grazer Weg jener, dass man auch durchaus in diesem Sinne Mut hat, Nicht-Bewährtes zu streichen und wirklich durch gute Alternativen zu ersetzen, weil Geld kostet alles etwas und wir haben es leider nicht so in Hülle und Fülle (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Ich möchte dazu jetzt kurz ad hoc was sagen. Frau Gemeinderätin, ich weiß nicht, wie Sie zu der Einschätzung kommen, dass manche Vereine da nicht gut arbeiten, das kommt in diesem...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Schartel: Wenn das jetzt so wichtig ist, dass fast eine eigene Ressortzuständigkeit geschaffen wird, können die nichts geleistet haben.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Frau Gemeinderätin, es wäre vielleicht gut gewesen, wenn Sie gestern im Sozialausschuss dabei gewesen wären, dann hätten Sie auch verstanden, um was es bei der Lehrlingsoffensive geht. Wir haben das schon mehrfach besprochen, es gibt ein großes Vorbild bei der Lehrlingsausbildung und das ist die Stadt Linz. Die Stadt Linz bietet über 400 Jugendlichen eine Lehrausbildung an, und da geht es nicht darum, dass alle dann dort bleiben. Das heißt jetzt ganz locker und salopp formuliert, dass wir nicht den Beamtenapparat aufblasen, da geht es darum, dass die Stadt erkennt, und die hat die gleiche Problematik wie wir hier in Graz, wir haben einen Facharbeitermangel, das AMS bestätigt uns das jedes Mal, es gibt in Graz einen Facharbeitermangel. Wir haben auf der anderen Seite Jugendliche, die keine Lehrstelle finden, das heißt, ich sehe es als Aufgabe, als eine mögliche Aufgabe der Stadt Graz, diese Lücke zu füllen und diese Lehrausbildung anzubieten mit dem klaren Zusatz, dass wir jungen Menschen nicht sagen, wir stellen euch dann fix ein, sondern wir geben euch drei Jahre diese gute Ausbildung, damit ihr dann in die Privatwirtschaft gehen könnt, weil ihr dort, wie wir wissen, dringend gebraucht werdet. Darum geht es, Frau Kollegin Schartel, und wenn Sie gestern, Ihre Kollegin

war anwesend, wenn Sie das ein bisschen genauer hinterfragt hätten und ein bisschen genauer gelesen hätten, dann wäre das, glaube ich, auch klar geworden.

GR. **Vargas:** Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Martina! Ich war gestern bei der Sitzung, habe auch sehr gut aufgepasst. Folgendes, also bei dieser Maßnahme geht es ja um Beschäftigung und Qualifizierung und, Herr Kollege Luttenberger, die Stadt Graz wird dieses Problem der Arbeitslosigkeit nicht beseitigen können. Die Dimension, die du erwähnt hast, stimmt, aber ich denke, die Stadt Graz hat eine gewisse Aufgabe. Und an die Kollegen von der FPÖ gemeint heißt es, bestimmte Gruppen haben keinen Zugang zum regulären Arbeitsmarkt und das wissen wir schon lange, es ist eine lange Tradition. Ich habe das gestern bei der Sitzung erwähnt und mir wäre es wichtig, dass man das noch einmal berücksichtigt, nämlich den zweiten Arbeitsmarkt als regulären Arbeitsmarkt mal endlich einzuführen, das AMS wehrt sich dagegen natürlich, weil es kostet etwas Geld, aber es gibt Menschen, die niemals oder sehr lange nicht fähig sein werden, einen normalen Arbeitsplatz zu besetzen und das sollte Realität für uns sein, das kann man auch von den verschiedenen Initiativen, die sich da beschäftigen, die diese Arbeit anbieten seit 30 Jahren, auch erklärt bekommen und das heißt nicht, dass die einfach schlechter arbeiten oder defizitär arbeiten oder keine guten Entwicklungen herbeiführen, sondern es ist einfach die Situation dieser Menschen, und da würde ich eben bitten, dass man vielleicht auf dem Petitionswege uns nach Wien richten und sagen, klärt das einmal, die Initiativen leiden darunter, sie können die Leute nicht unterbringen, das heißt, die Leute werden dann in die Arbeitslosigkeit geschickt beziehungsweise die Sozialhilfe. Das wäre vielleicht ein Weg für diese Menschen, endlich einmal ins Sozialsystem sich einzugliedern und hier irgendwann einer geregelten Arbeit nachzukommen und es geht vor allem um Qualifizierung, das war mir ein bisschen zuwenig, was wir da besprochen haben gestern, dass die Qualifizierung von den Jugendlichen notwendig

ist und das wäre eine Aufgabe, die durchaus durch die Stadt Graz gewährleistet werden könnte, aber auch von den anderen Initiativen. Wir begrüßen natürlich so ein Projekt schon, wenn wir sehen, dass durch die Vernetzung und die Einbindung der sozialökonomischen Initiativen, die es in Graz gibt, durchaus ein Weg zu machen wäre. Mir war das ein bisschen zu wenig, was die konkreten Maßnahmen, das hat der Kollege Hohensinner gestern kritisiert. Ich denke mir, die Person, die das machen wird, wird das vielleicht bewältigen können. Aber ansonsten, glaube ich, ist so eine Stelle durchaus zu begrüßen und diese Stelle hat es nicht gegeben. Die Koordination von der Stadt Graz zu den arbeitslosen Menschen und vor allem die Jugendlichen die darunter leiden. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Martiner**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zum allgemeinen Bericht ein paar Anmerkungen. Ich möchte auf die Wortmeldungen, vor allem auch vom Kollegen Luttenberger, eingehen. Lieber Kurt, du als Kammerrat und noch vor kürzerer Zeit auf Plakaten „Arbeiter statt Milliardär“ liest diesen Bericht, ich bin überzeugt davon, dass du diesen Bericht wirklich studiert hast, ich kenne dich, und sagst, er ist ein bisschen dünn, sehr allgemein. Was schafft man damit und dann haben wir heute erfahren, dass du viele Zeitungen liest und dass du gerade die Kronen Zeitung zitierst, ein Arbeitsplatz ist nur geschaffen. Lieber Kurt, ein bisschen ist es ja zynisch, ein Arbeitsplatz ist damit geschaffen, die Frau Vizebürgermeisterin hat gesagt, in der Stadt Graz gehört das Thema Arbeit und Beschäftigung gebündelt und alle hier im Hause werden bestätigen, wir haben viele Institutionen der Stadt, Graz Wirtschaft und Tourismus, Sozialamt, auch die einzelnen Projekte angeführt, was schon Fuß gefasst haben und das wichtig und richtig sind, versucht man jetzt zu bündeln, dass diese Reibflächen und viele Dinge, was dazwischen verloren gehen, einen wesentlichen Mehrwert zu schaffen für zukünftige Arbeitsplätze zu erreichen. Und dies wird dann hier im Gemeinderat beim ersten Bericht kritisiert und gesagt,

naja, was soll da herauskommen, wenn ich dann in den Bänken höre, ja ein Arbeitsplatz ist ja schon geschaffen, das finde ich ein bisschen zu dünn. Netzwerke hast du angesprochen, Netzwerke mit Land und Bund, ja, Kurt, Netzwerke mit der AK, Netzwerke mit ÖGB, Netzwerke mit AMS, also viele Schnittstellen, und gerade in Graz wird jetzt mit diesem Ressort diese Bündelung durchgeführt, werte Kolleginnen und Kollegen. Und die Wehleidigkeit zur FPÖ, dass man das so spät bekommen hat, gut, nehme ich so zur Kenntnis, aber liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesen Projekten, die schon laufen, sind hunderte Beschäftigte zum Heranführen für den Arbeitsmarkt und zu sagen, Lehrlingsoffensive ist noch zu gering und ist nur ein befristetes Dienstverhältnis, ja, werte Kolleginnen und Kollegen und vor allem Kollegin Schartel, ja haben die Lehrlinge draußen in der freien Wirtschaft Garantien, nach der Lehrausbildung einen Arbeitsplatz zu haben, den gibt es dort auch nicht. Aber sie haben eine Möglichkeit, eine Lehre zu bekommen und in das Berufsleben einzusteigen und das ist ein wesentlicher Faktor in der ganzen Bildungsschiene, den jungen Menschen mit 14/15 diese Möglichkeit zu bieten und ich glaube, Graz hat die Verpflichtung, eben mit Beispielen zu anderen Landeshauptstädten auch hier mehr Initiative zu setzen und jungen Menschen hier die Möglichkeit zu schaffen, eine Ausbildung zu bekommen für den Einstieg ihres Lebens. Der Bericht ist aus meiner Sicht sehr gut formuliert und viele Initiativen werden aufgezeigt und eines ist abschließend von meiner Seite hier auch anzumerken: Die Menschen brauchen Beschäftigung und es wird mir hier keiner widersprechen, um das persönliche Leben und das Leben ihrer Familien gestalten zu können und Perspektiven zu haben. Auch in diesem Ressort werden wir auch das Thema angreifen, die Verteilungsfrage auch in der Beschäftigung. Denn täglich hören wir, dass tausende Menschen Überstunden leisten, dabei krank werden und hunderttausende Menschen in Österreich arbeitslos sind. Und genauso diese Fragen muss man in diesem Ressort dementsprechend aufzeigen und einwirken, versuchen, da mitzugestalten, nicht nur die Gesetzgeber Bund und Land haben eine Verpflichtung, aber auch die Stadt Graz muss dementsprechend als zweitgrößte Stadt in Österreich hier bei diesem Thema auch

eine Vorreiterrolle spielen und eben diese Bündelung und die Reibflächen wegzubekommen und jeder Arbeitsplatz, was geschaffen wird, ist ein Gewinn. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Zunächst einmal ein Hinweis auf den Bericht. Ich glaube, wir sind uns alle einig, und das hat die Frau Vizebürgermeisterin auch angekündigt, dass dieser Bericht ein erster Schritt ist und dass einige folgen müssen, bei denen die Maßnahmen, die gewünscht sind, konkretisiert werden und dazu möchte ich eben kurz ein bisschen erläutern. Wir sind uns ja alle einig über die Ziele. Dass es wichtig ist, dass eine Stadt auch Maßnahmen ergreift, um Beschäftigung zu sichern. Aber wir sind uns möglicherweise nicht ganz einig darüber, was eine Stadt leisten kann in diesem Zusammenhang. Ich kenne das Linzer Beispiel, das liegt in einem Bereich von insgesamt fast einer zweistelligen Millionenzahl, Zehn-Millionen-Zahl und ist entstanden über sehr, sehr viele Jahre mit eben ganz klaren Schwerpunkten von Seiten der Stadt. Ob wir das in Kürze schaffen, wage ich zu bezweifeln, aber es ist sicher eine Möglichkeit, dorthin zu kommen. Aber da habe ich gleich eine Frage an die Frau Vizebürgermeisterin: Wir haben ein Lehrlingsprojekt und wir haben ein Lehrlingsprojekt, das immerhin 12 Lehrlingen pro Jahr ermöglicht, insgesamt jetzt einmal auf drei Jahre hier eine Ausbildung zu machen. Es zahlen sehr viele bei diesen Projekten, nur nicht das Sozialamt. Im Magistrat sind Lehrlinge beschäftigt, die werden über das Personalamt finanziert, es sind Lehrlinge in der GBG beschäftigt, es sind Lehrlinge in der Holding beschäftigt, die bezahlen das alle, nicht jedoch das Personalamt. Wir haben eine zweite, glaube ich, sehr wichtige Maßnahme in diesem Zusammenhang, wir haben von Seiten der Stadt insgesamt 160 Arbeitsplätze, sogenannte geschützte Arbeitsplätze, das sind Personen, die, aus welchen Gründen auch immer, es sehr schwer haben am Arbeitsmarkt und das ist ebenfalls eine Maßnahme, die über das Personalamt geht, die, glaube ich, da auch sehr gut ist und

die insgesamt diesen 160 Personen Platz schaffen. Also hier durchaus auch eine weitere Ausweitung, da wird niemand dagegen sein, die Frage ist dann eben, wie wir das insgesamt finanziell stemmen. Ein zweiter Punkt, der ist mir sehr wichtig und der ist mir als Wirtschaftsstadtrat sehr wichtig: Wir reden hier immer über Beschäftigungsmaßnahmen, die sozusagen von öffentlicher Seite kommen, wo wir Personen, die Unterstützung brauchen und die Unterstützung benötigen eben auch tatsächlich finanziell unter die Arme greifen. Aber ich glaube, wir sollten uns schon einmal im Klaren sein, die wichtigen Beschäftigungseffekte kommen nicht über diese öffentlichen Maßnahmen, sondern die wichtigen Beschäftigungseffekte kommen natürlich von Unternehmen, und gerade in diesem Bereich, und das werden wohl alle zugeben, ist eine Stadt völlig überfordert. Wir können sicherlich keine Konjunkturpolitik machen. Wir sind sehr froh, wenn vor der beginnenden Winterarbeitslosigkeit das Land etliche Millionen Euro lockermacht, wenn ich das so sagen darf, um zusätzliche Bauaufträge zu geben. Wir sind sehr froh, wenn von Seiten des Bundes dann da entsprechenden Konjunkturmaßnahmen kommen. Das einzige was wir tun können, das tun wird, das haben wir im Rahmen der Budgetkonsolidierung auch ausgemacht seit 2008. Wir haben damals schon festgelegt, dass wir das relativ hohe Investitionsniveau von zwischen 100 und 120 Millionen Euro pro Jahr beibehalten wollen über die Budgetkonsolidierung, dass wir davon nicht wegnehmen, sondern dass wir im laufenden Betrieb besser werden, das heißt, dort Überschüsse erzielen, um diese Investitionen finanzieren zu können und da sind wir jedenfalls auf gutem Wege, das ist auch größtenteils schon gelungen und damit leisten wir immerhin einen Beitrag, vor allem Bauinvestitionen in der Größenordnung von, Herr Luttenberger, das trifft gerade Ihre Größe, zwischen 1000 und 1200 Arbeitsplätzen pro Jahr, wenn man einfach das Investitionsvolumen umrechnet. Das ist das, was eine Stadt machen kann, mehr kann sie aber nicht tun und ich würde auch gerade bei diesen unterstützenden Maßnahmen einfach auch um sehr viel Realismus bitten, das ist vielleicht nicht wahnsinnig spannend und lustig,

aber ich glaube, es ist sehr wichtig, weil wir bei diesen Hebeln, glaube ich, relativ rasch an eine Grenze kommen (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Ja, lieber Gerhard, nachdem du mich direkt angesprochen hast, ich stimme dir natürlich zu. Arbeit wird geschaffen von Unternehmen, Arbeit ist möglich, wenn die Wirtschaftslage gut ist, das ist uns eh allen klar. Wenn wir eine Bauoffensive im Schulbereich haben, dann bringt das Arbeit, und darum haben wir das auch im Stabilitätspakt so festgeschrieben, dass neue Investitionen vorwiegend in die Richtung gehen sollen, dass Wohnraum geschaffen wird, dass Bildung ausgebaut wird und dass natürlich damit auch Arbeitsplätze geschaffen werden, das ist eh vollkommen klar. Und in diesem Bereich Arbeit und Beschäftigung soll es auch nicht nur, sage ich jetzt einmal, um den zweiten und den dritten Arbeitsmarkt gehen, da soll es natürlich auch um den ersten Arbeitsmarkt gehen, das ist ja vollkommen klar. Und wenn du sagst, das Sozialamt zahlt zu diesem Lehrlingsprojekt nichts dazu, das kann ich jetzt nicht ganz nachvollziehen. Wir haben im letzten Jahr rund eine Million Euro für Beschäftigungsinitiativen und Arbeit und Beschäftigung aufgewendet und ein Lehrling dieser bisher beschäftigten 12 Lehrlinge lernt auch im Sozialamt. Aber im Sozialamt, da müssen wir auch so realistisch sein, da ist natürlich das Berufsspektrum jetzt nicht das, wo man sagt, da macht man jetzt als Lehrling die große Karriere und hat danach die große Möglichkeit, ich halte es nicht für äußerst sinnvoll, Bürokauffrauen, und da verwendet ich jetzt bewusst die weibliche Form, oder Verwaltungsassistentinnen auszubilden, weil was wir haben davon? Die lernen drei Jahre bei uns die Abläufe des Magistrates und wo bitte arbeiten die dann, da ist ja jeder Ablauf außerhalb einer öffentlichen Verwaltung, das werden Sie mir alle bestätigen, ist ja ganz was anderes als in einem privaten Unternehmen. Es macht ja viel mehr Sinn eben, wie vorher von mir angesprochen, diese Facharbeiterlücke zu schließen, wo wir wissen, dass es im technischen Bereich,

dass es bei den Facharbeitern und Facharbeiterinnen einen eklatanten Mangel gibt und wir müssen natürlich schauen, dass wir mit diesen Angeboten im Lehrlingsbereich so ausbilden, dass die jungen Menschen dann auch wirklich eine Chance und wirklich eine Arbeitsstelle haben und darum wird es natürlich sinnvoll sein, in den Werkstätten auszubilden. Kfz-MechanikerInnen auszubilden, LaborassistentInnen auszubilden, wir haben im Haus Graz ein breites Spektrum an Berufsbildern und dieses breite Spektrum sollten wir wirklich nutzen. Ich habe gestern erst ein Gespräch mit dem Mag. Hirner geführt, der mir wieder ganz neue Möglichkeiten gezeigt hat. Der Arbeitsmarkt ist flexibel, der Arbeitsmarkt ist schnell und es entstehen laufend neue Berufsbilder und natürlich sollte man sich diesem Wandel als Stadt Graz in dieser Lehrlingsausbildung anpassen. Weil wenn wir jetzt da 12 VerwaltungsassistentInnen im Sozialamt ausbilden, dann ist das vielleicht für diese drei Jahre angenehm, aber danach wird es für die 12 Kolleginnen und Kollegen etwas schwierig werden und das wollen wir ja nicht, wir wollen sie aus dieser Schwierigkeit herausholen und für sie die besten Möglichkeiten und die besten Schienen für den ersten Arbeitsmarkt bereitstellen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Vargas:** Sehr geehrte Damen und Herren! Verzeihen Sie mir, dass ich nochmals am Pult bin, aber ich habe in der Aufregung zuerst was ausgelassen, nämlich gerade für Jugendliche ist der Zugang zum Arbeitsmarkt ist oft von der Schule so einer Lehre sehr schwierig und die Eltern sind ja auch nicht wahnsinnig gut informiert und das haben wir auch beobachtet, dass da eigentlich eine gute Verknüpfung stattfinden soll, und das wäre ein Thema der Bildung. Das Bildungsressort soll sich da mit dieser Stelle auch etwas schauen, Beratungsstellen zu schaffen für Eltern und für diese Jugendlichen, dass die wirklich den Weg von der 4. Klasse Hauptschule hin zu einem berufsbildenden Angebot wahrnehmen können. Da ist nämlich oft das Scheitern, wo die Jugendlichen dann untertauchen für Jahre und wir sie dann in der Kriminalität

oder auf der Straße finden unter anderen Umständen und da wäre vielleicht zu überlegen, dass man da diese Brücke schaffen. Danke (*Applaus Grüne*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Herr Gemeinderat, wo sie diesen Übergang Schule, Beruf ansprechen. In der heute noch zu beschließenden Bildungsstrategie, die wir ja präsentiert und diskutiert haben, auf Seite 22 finden Sie genau dazu Vorschläge, die uns Expertinnen und Experten machen. Also uns ist das sehr wohl bewusst im Bildungsressort und es gibt auch entsprechende Vorschläge (*Applaus ÖVP*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. (FH) Schimautz

NT 17) A 8-6642/2013-86

Amt für Jugend und Familie,
Kinderfreunde-Haus,
haushaltsplanmäßige Vorsorge über
€ 50.000,- in der AOG 2013

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Schimautz**: Die Kinderfreunde Steiermark haben das Kinderfreunde-Haus in der Innenstadt am 20. September 2013 eröffnet. Es ist hierzu ein Investitionszuschuss in der Höhe von 50.000 Euro geplant. Dieser Zuschuss soll aus dem Grazer Stabilitätspakt definierten Investitionsrahmen von 2013 bis 2017 kommen. Ich bitte hierzu um Zustimmung.

Der Berichterstatter stellt namens des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. 130/1967 idF. LGBl. 8/2012, beschließen:

In der AOG 2013 wird die neue Fipos

5.25900.777000 „Kap. Transferz. an private Organisationen
ohne Erwerbszweck“ (Anordnungsbefugnis:
A 6) mit € 50.000,-
geschaffen und zur Bedeckung die Fipos

6.25900.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“

mit demselben Betrag dotiert.

GR. Mag. **Frölich**: Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Ich möchte eine Diskussion, wie sie im Finanzausschuss stattgefunden hat, Ihnen nicht vorenthalten im Zusammenhang mit der Frage, wieso die Beschlussfassung über diese letztlich dann einstimmig beschlossene Investition beziehungsweise haushaltsplanmäßige Vorsorge von 50.000 Euro für dieses schöne Projekt so spät daherkommt. Hat sich natürlich die Frage gestellt, was lösen wir für Kosten damit aus, weil wir haben doch immer die Diskussion, wenn wir Investitionen angehen und wenn wir ein Geld ausgeben, eine möglichst transparente und möglichst klare Folgekostenaufstellung darzustellen. Dem Stück war beigelegt ein Konzept über die Betriebsführung dieses Hauses, über die Kosten, die da entstehen werden, und dort war auch dargestellt, dass einerseits das Amt für Jugend und Familie 15.000 Euro jährlich zahlen wird oder an Subvention geben wird und das Sozialamt 25.000 Euro. Auf Nachfragen wurde uns erklärt, dass das einmal die Kalkulation der Kinderfreunde ist, die so die 80.000 Subventionen, die erreicht werden sollen, erreichen. Es gibt natürlich, und das war

auch nicht im Zusammenhang mit dieser Beschlussfassung, es gibt natürlich hier noch keine Vereinbarung, es gibt noch keinen Antrag, dass so eine Subvention gegeben werden soll. Ich möchte aber trotzdem darauf hinweisen, dass es zum einen im Zusammenhang mit der immer wieder geforderten Transparenz meines Erachtens doch nötig gewesen wäre, das Vorhaben, dass die Stadt auch laufend in den kommenden Jahren Subventionen vermutlich geben wird müssen, weil sich sonst der Betrieb und die Kosten des Betriebes nicht darstellen lassen, dass man das in so ein Stück auch einbaut und dem Ausschuss und dem Gemeinderat zur Kenntnis bringt. Dass das einfach nur im Zusammenhang mit einer klaren und transparenten Darstellung von Folgekosten, wenn wir Geld ausgeben. Wir hinterfragen das völlig zu Recht bei jeder Investition, bei jeder Beteiligung an Kosten, was sind damit für finanzielle Verpflichtungen für die Folgejahre für uns verbunden. Wir haben das letztlich einstimmig beschlossen, aber wir sollen daraus lernen, dass wir solche, auch wenn es sich nicht um jetzt so große Beträge, wie wir manchmal geben, handelt, dass wir uns darauf einigen, möglichst transparent in Zukunft auch in diesem Bereich die Folgekosten und vielleicht die vorgesehenen oder angestrebten, es wurde uns ja dann von der Frau Kirschner bestätigt, dass diese Subventionen gegeben werden müssen, so war die Aussage, es wird zu Subventionszahlungen kommen und daher bitte ich, dass man das in Zukunft in den Stücken auch so darstellt. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Erlauben Sie mir dazu eine kurze Anmerkung. Wie Sie gesagt haben, Herr Gemeinderat Frölich, dargestellt wurde einmal der Subventionswunsch der Kinderfreunde, es wird selbstverständlich keine Förderung vom Sozialamt geben können, sondern die Förderung kommt selbstverständlich aus dem Amt für Jugend und Familie, dort gehört diese Subvention auch hin. Es wird eine Subvention geben. Diese Subvention wird Sache des Stadtsenates sein, dort wird

diese Subvention zu besprechen, zu diskutieren und auch zu beschließen sein. Das ist der ganz normale Weg der Dinge und ich würde mich freuen, wenn bei anderen AOG-Stücken auch so eine intensive Diskussion über Folgekosten stattfinden würde. Wir schmettern da ganz andere Summen in unterschiedlichste Projekte. Vor kurzem wurde erst das sogenannte Turtle Island unterstützt, da habe ich auch keinen Kostenplan, keinen Fortführungsprognose oder Sonstiges erhalten. Es gibt Subventionsansuchen und die werden diskutiert und beschlossen und das ist der Weg der Dinge.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Hötzl

NT 19) A 8-6642/2013-85

BürgerInnenamt,
Kaiser-Josef-Platz Stromversorgung,
haushaltsplanmäßige Versorgung über
€ 208.000,- in der AOG 2013

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Vorsitzende! Es geht um die haushaltsplanmäßige Vorsorge über 208.000 Euro über das BürgerInnenamt für den Kaiser-Josef-Platz für die Stromversorgung. Im folgenden Projekt geht es darum, dass die Stromversorgung momentan am Kaiser-Josef-Platz unterdimensioniert ist und dass es deshalb immer wieder zu Überlastungsproblemen kommt. Geplant war das schon in der Vergangenheit, dass man diesem Problem Herr wird und eine Sanierung in diesem Bereich durchführt. Um eine ausreichende Dimensionierung sicherzustellen, ist die gesamte Stromversorgung der Marktstände baulich neu zu organisieren. Unter Berücksichtigung möglicher Rahmenvorgaben einer zukünftigen neuen Platzgestaltung wurde eine Elektroplanung mit dem Ziel

einer unterirdischen Kabelverlegung beauftragt. Die Baumaßnahme umfasst die Zusammenlegung und Anschlussverstärkung der bestehenden Verteileranlagen auf zwei Hauptwandleranlagen mit einer technischen Anschlussleistung von je zirka 150 kW. Die Lieferung und Montage von 17 Stück Unterverteilerkästen, zwei Messwandlerschränke sowie zwei Trennstellen für die Versorgung der Marktstände. Der Aushub und die Wiederherstellung sowie die Asphaltierung. Es geht um 208.000 Euro. Die Finanzpositionen sind im Stück dargestellt. Bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

Der Berichterstatter stellt namens des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF. LGBl. 8/2012, beschließen:

In der AOG 2013 werden die neuen Fiposse

5.82800.050000 „Sonderanlagen Kaiser-Josef-Platz“
(Deckungsklasse: 02002)
(Anordnungsbefugnis: A 2)

6.82800.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“
(Anordnungsbefugnis: A 8)

mit je € 208.000,- geschaffen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Richtig, es ist kein Kraftwerk, aber es geht um Bäume. Der Kaiser-Josef-Platz ist in Graz eine Institution, es gibt sehr, sehr viele Menschen, die uns Grüne zumindest kontaktieren und sich besorgt zeigen über den Zustand der Bäume am Kaiser-Josef-Platz. Ich möchte vorweg sagen, dass wir diesem

Stück zustimmen werden, aber dass wir uns gewünscht hätten, dass es zu einer Sanierung des Kaiser-Josef-Platzes kommt und zwar, dass man dort auch die Bäume erhält, die erhalten werden können. Ich möchte Ihnen nur noch ein Beispiel sagen, vor kurzem ist eine ältere Dame zu mir gekommen, die das Angebot gemacht hat, dass sie das selbst finanzieren würde, dass man biologisch den Miniermottenbefall der Kastanie dort bekämpft, also die Leute sind da wirklich sehr interessiert an dem Thema. Was ist jetzt mein Punkt? Da gibt es einen Satz, da steht: Des weiteren sämtliche Aushub- und Wiederherstellungsarbeiten einschließlich der Asphaltierung wie Bestand. Wenn ich das lese und mir denke, dass da Leitungen verlegt werden, dann schrillen bei mir die Alarmglocken. Ich frage mich, wie die Bäume danach ausschauen werden, die es noch gibt. Ich meine, warum man dann nicht gleich sagt, man saniert den Platz und wird noch weiter die Bäume zerstören, das ist meine Sorge, dass sie weiter geschädigt werden und gleichzeitig eben mein Appell, dass man da wirklich ganz schnell was macht, dass man die Baumstandorte verbessert am Kaiser-Josef-Platz und dass man auch, wir arbeiten ja gerade an den Leitlinien für BürgerInnenbeteiligung, dass man da eben auch bei der Platzgestaltung die wirklich in Bezug auf diesen Platz sehr engagierten Grazerinnen und Grazer einbezieht, das ist meine Anregung und ich würde mich freuen, wenn Sie das auch unterstützen könnten (*Applaus Grüne*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ja, Frau Gemeinderätin, genau deswegen wollen wir ja diesen Platz auch sanieren und herrichten, weil uns überraschenderweise auch viele Menschen kontaktieren und gesagt haben, dass das so nicht weitergeht. Uns liegen die Bäume ebenso am Herzen wie Ihnen, aber die Bäume sind einfach in einer großen Anzahl kaputt und mein Zugang war einfach der zu sagen, dass wir die Elektrik, die jetzt über die Bäume verlaufen ist, eben unter die Erde bringen, damit aufgedigelt haben, damit die Grobsanierung, weil es handelt sich um eine Grobsanierung,

gewährleistet, damit wieder ein Zustand hergestellt ist, der auch für die Marktbesucher gangbar ist, und natürlich werden auch die Maßnahmen getroffen, um in Zukunft die Bäume besser schützen zu können. Das ist genauso in diesem Maßnahmenpaket beinhaltet. Also die Angst darf ich Ihnen versuchen zu nehmen, wir denken auch so weit, dass wir sagen, wir wollen diese Bäume, so sie erhaltbar sind, erhalten und bei den anderen müssen wir es halt leider austauschen. Da gibt es dann die Überlegungen, was werden das für Bäume sein. Es werden wahrscheinlich keine Kastanien mehr sein, weil die halt sich nicht bewähren, aber das ist nicht meine Angelegenheit, sondern dann für die Abteilung für Grünraum. Aber seien Sie versichert, wir versuchen da, sehr umsichtig vorzugehen (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Frölich**: Der Stadtrat hat es teilweise schon vorweggenommen, aber Andrea, ich wollte nur noch einmal betonen, auch im Finanzausschuss, obwohl es jetzt nicht unbedingt das Finanzthema war, war ein ganz wesentlicher Punkt, dass durch die Fachbeamten uns erläutert wurde, dass gerade eben für den Baumschutz diese girlandenartigen Konstruktionen, die sich da um die Bäume schwingen inklusive der Verteilerkästen, die dort christbaumkugelartig aufgehängt sind, dass man die dort wegbringen will. Baumsanierungsmaßnahmen, die man bisher dort immer wieder machen wollte, teilweise schneiden etc., musste man unterlassen, weil man nicht wusste, wo man mit diesen Stromgirlanden hin kann, ohne dass man die Leute, die dort arbeiten, nämlich die Verkäuferinnen und Verkäufer, gefährdet, indem man unten irgendwelche Schlingen macht aus den Stromkabeln. Also Baumschutz war durchaus ein Thema auch im Zusammenhang mit den jetzt notwendigen und durchzuführenden Baumaßnahmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: StR. Eisel-Eiselsberg

NT 22) ABI-054174/2013-0001

Bildung findet Stadt – Erste
Bildungsstrategie für die Stadt Graz 2013
bis 2020

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren auf der Galerie! Bildung und Ausbildung ist aus meiner Sicht und ich weiß, aus der Sicht vieler hier Anwesender, eine ganz wichtige Voraussetzung für eine weit gehende selbst bestimmte positive Lebensgestaltung und sicher auch eine richtige Voraussetzung für eine gute gelingende gesellschaftliche Integration. Nicht zuletzt aus diesem Gesichtspunkt heraus haben wir seitens der Stadtregierung, und letztlich Sie als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, auch mit der Neukonstituierung des Gemeinderates, der Neuordnung der Geschäftseinteilung und Verteilung die Einrichtung einer Abteilung für Bildung und Integration beschlossen. Durchaus als politisches Statement, dass uns dieser Bereich in Zukunft noch wichtiger sein will und auch unter dem Gesichtspunkt, dass die Stadtbibliotheken ein ganz wichtiger Bestandteil des städtischen Bildungsangebotes sind. Zusammengeführt wurde organisatorisch zunächst das Referat Kinderbildung und -betreuung aus dem Amt für Jugend und Familie mit dem ehemaligen Stadtschulamt und eben dem Referat für Integration. Uns war zu diesem Zeitpunkt natürlich auch klar, dass wir als Stadt Graz in dieser Bildungslandschaft Österreichs ja nur eine, ich sage einmal, bescheidene Rolle spielen können, wenn es darum geht, Gesetze und Verordnungen zu erlassen. Hier sind wir ja auf die beiden übergeordneten Gebietskörperschaften, ich möchte nicht sagen jetzt, angewiesen, aber eigentlich sind wir manchmal gefühlsmäßig zumindest zwischen diesen Gebietskörperschaften eingepfercht. Das heißt grundsätzlich, wenn man nur das sieht, werden unsere Handlungsmöglichkeiten in diesem Bereich überschaubar oder auch nicht, haben wir uns gedacht, und darum habe ich und haben wir seitens des Bildungsressorts viele Expertinnen und Experten dazu eingeladen, mit uns

gemeinsam einen Weg aufzuzeigen, wie wir diesen Handlungsspielraum, den eine Stadt, eine Kommune trotz der gesetzlichen Vorgaben von Land und Bund hat, aufzuzeigen, mit uns gemeinsam zu erarbeiten. Diese rund 60 Expertinnen und Experten haben eingeteilt nach Handlungsebenen, eben Stadt, Land und Bund, letztendlich rund 70 Maßnahmen entwickelt und zwar in acht verschiedenen Teilgruppen mit einer zusätzlichen neunten Gruppe, der Gruppe der Potentialförderung, die über alle Bereiche sich erstreckte, und 70 Maßnahmen also, die rasch in den kommenden beiden Jahren oder mittelfristig 2016/2017 einmal angedacht beziehungsweise auch längerfristig bis 2020 und darüber hinaus umzusetzen sein werden. Wichtig erscheint mir, dass ein Großteil dieser Maßnahmen keinesfalls jetzt ausschließlich davon abhängig ist, ob Land und Bund uns auch finanziell unterstützen werden oder nicht, das unterstreicht für mich, dass Innovationen und neue Wege auch dann möglich sind, wenn wir nicht über großartige Budgets verfügen, sondern dass oft dieses berühmte Knowhow, das ja in unserer Stadt erfreulicherweise auch in diesem Bereich sehr, sehr gut ausgeprägt ist, einfach bestmöglich nutzen. Einige wichtige Maßnahmen möchte ich vielleicht erwähnen, die eben in diesem Papier vorgeschlagen werden. Wir möchten sehr gerne einen Braun-Pool etablieren, das heißt auch das Knowhow, das Wissen von Expertinnen und Experten weiterhin nutzen, wir werden eine Stadtlandkarte für „Bildung findet Stadt“ entwickeln, wir denken an Bildungstreffen, gemeinsame Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen für Pädagoginnen und Pädagogen, auch aus den sogenannten Schnittstellen und Übergangsbereichen, als Stichwort ist heute auch schon gefallen einmal Kindergarten, Volksschule, ganz ein wichtiger Bereich. Ich möchte in die Modellregion eines Bildungscampus entwickeln, selbstverständlich das Standortentwicklungskonzept, das dieser Gemeinderat ja beschlossen hat, Schritt für Schritt umsetzen. Verstärkte Kooperationen mit der Stadtbibliothek insbesondere in Richtung Kinderbildung und -betreuungseinrichtungen initiieren. Bildungs- und Wirtschaftspatenschaften, die Förderung der Mehrsprachigkeit ist sehr deutlich herausgekommen, dass das ein

großes Potential ist, das es zu heben gilt. Womit wir bereits begonnen haben, mit einer täglichen unterstützten Bewegungseinheit in Grazer Schulen. Auch die Verschränkung zwischen Kultur und Sport und Bildung möchten wir forcieren. Ein Ausbau der Schulsozialarbeit wird an vielen Ecken und Enden gefordert, hier werden wir zweifelsohne auch auf Unterstützung von Land und Bund angewiesen sein. Es ist wichtig, dass wir Schulabbrecher, Studienabbrecher, Bildungsabbrecher weitestgehend vermeiden oder bestmöglich vermeiden oder, wenn es nicht vermeidbar ist, diese jungen Menschen bestmöglich begleiten und unterstützen, um einen neuen Weg zu finden und es ist uns auch sehr, sehr wichtig, Aktivitäten zu setzen, damit die Erfolgsquote im Bereich Basisbildung und Pflichtschulabschluss deutlich erhöht wird (*Applaus ÖVP*). Wie gesagt, diese Maßnahmen sind also schrittweise umzusetzen, beim Erfordernis zusätzlicher finanzieller oder personeller Ressourcen sind selbstverständlich das jeweils zuständige Organ, der Stadtsenat oder der Gemeinderat dann mit den Entscheidungen zu befassen. Ich möchte mich heute bei allen Expertinnen und Experten sehr, sehr herzlich bedanken, Sie finden eine Übersicht in dem vorliegenden Papier. Erlauben Sie aber dennoch, dass ich jene Persönlichkeiten, die die einzelnen Gruppen auch geleitet haben, auch namentlich erwähne, das sind dies Frau Anneliese Strasser von unserer Abteilung für Bildung und Integration, Herr Bezirksinspektor Wolfgang Schnelzer, Frau Brigitte Köksal, allseits bekannt, Frau Regina Hermann, Direktorin der Volksschule Murfeld und Michael Abianik, Direktor der Sportmittelschule Graz-Bruckner, Herr Bezirksschulinspektor Johannes Likl, Herr Dr. Peter Hertel von der steirischen volkswirtschaftlichen Gesellschaft habe ich auch gesehen, herzlich willkommen, und danke und auch Herr Dr. Josef Zolneritsch vom Landesschulrat (*Applaus ÖVP*). Herr Wolfgang Grabner hat ebenso mitgewirkt als Direktor der neuen Mittelschule Fröbel, und den Querschnittsbereich Potentialförderung hat Frau Dr. Luise Hollerer von der kirchlich pädagogischen Hochschule geleitet. Ein großes Danke auch an das Redaktionsteam, an Frau Dr.ⁱⁿ Michaela Marterer von der steirischen volkswirtschaftlichen Gesellschaft und Frau Mag. Anna Eichinger von meinem Büro, das Redaktionsteam ist anwesend,

herzlichen Dank an euch beide. Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, innerhalb dieses Rahmens, in dem wir uns bewegen, auch für die Stadt Graz wichtige Maßnahmen aufzuzeigen, die wir im Interesse unsere Kinder und Jugendlichen und natürlich auch darüber hinaus, wenn es um Erwachsenenbildung geht, wenn es darum geht, Bildungsabschlüsse nachzuholen, wenn es darum geht, neue Weichenstellungen für berufliche Laufbahnen vorzunehmen, dass wir Leitlinien entwickelt haben, uns vorgeschlagen wurden, an denen wir uns orientieren können und sollten, und wie gesagt, wann immer es ein Projekt ist größeren Umfanges, wird entweder der Stadtsenat oder auch der Gemeinderat zu befassen sein. Ich freue mich über das Ergebnis, das Ihnen heute vorliegt und ich freue mich auch darauf, dass wir schrittweise nunmehr in die Umsetzung gehen können. Der Ausschuss für Bildung, Integration und Sport stellt daher den Antrag, der Gemeinderat wolle das einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende ExpertInnenpapier „Erste Bildungsstrategie der Stadt Graz 2013-2020 – Bildung findet Stadt“ als Leitlinie für die kommunale Bildungspolitik beschließen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Bildung, Integration und Sport den Antrag, der Gemeinderat wolle das einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende ExpertInnenpapier „Erste Bildungsstrategie der Stadt Graz 2013-2020 Bildung findet Stadt“ als Leitlinie für die kommunale Bildungspolitik beschließen.

GR. Mag. **Fabisch**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, werter Herr Stadtrat, meine sehr verehrten Damen und Herren! Von uns gibt es, wie schon im Ausschuss erwähnt, Zustimmung zu diesem Stück. Es sind sehr viele Forderungen und Absichten und Inhalte, die wir mittragen können, vielleicht nicht alle. Aber wir haben sehr viel

Respekt vor dieser Arbeit, die hier getan wurde von, wie der Herr Stadtrat selber erwähnt hat, dutzenden Fachleuten. Vorauszudenken ist in allen Bereichen sehr sinnvoll und wichtig, natürlich vor allem im Bildungsbereich, und dass hier Wissen gebündelt wird und Synergien entstehen können, halten wir für sehr vernünftig. Kooperationen, Vernetzungen, der Austausch von Stadt und Land, Best-practice-Beispiele können was bringen. Besonderes Augenmerk, der Herr Stadtrat hat es auch einmal kurz erwähnt, erhalten Übergänge und Schnittstellen in der Bildungskarriere eines jungen Menschen, das ist sicher von Vorteil, wenn man dies im Auge behält und trotzdem ist es für uns kein vollständiges Papier, ich vermute, es war auch nicht unbedingt die Absicht. Obwohl hier natürlich die Möglichkeiten aufgezeigt werden, die vor allem die Stadt Graz hat und nicht unbedingt Landes- und Bundesangelegenheiten sein müssen, fehlt uns trotzdem ein klares Bekenntnis zum Gratis-Kindergarten für alle (*Applaus KPÖ*). Ich glaube, dass durch die Neugestaltung der Kostenpflichtigkeit natürlich nicht Kinder abgemeldet wurden, weil dieses Argument ist auch schon gekommen, wir haben jetzt gewisse Tarife wieder eingeführt und trotzdem sind die Zahlen nicht gesunken, es ist klar, dass Kinder, die schon im Kindergarten sind, dadurch von ihren Eltern nicht abgemeldet werden. Ich glaube, der Gratiskindergarten ist einer der wesentlichsten Bildungsvoraussetzungen, die es überhaupt gibt und der erste Schritt, Chancenungleichheiten zu minimieren. Es fehlt uns natürlich, obwohl es uns auch nicht verwundert hat, das Bekenntnis zur differenzierten Gesamtschule, das Thema Polytechnikum wird angerissen, das ist, glaube ich, auch sinnvoll, das Polytechnikum neu zu überdenken, aber im Rahmen einer differenzierten Gesamtschule wäre auch für diese Einrichtung genug Platz. Die differenzierte Gesamtschule bis zum möglichen 15. Lebensjahr. Wesentlich ist für uns auch die Ganztagschule mit verschränktem Unterricht, die wird kurz erwähnt, vielleicht nicht in dem gebührenden Ausmaß betont und wesentlich ist für uns auch die dringende Verbesserung der Lehrerarbeitsplätze. Ich glaube, wenn man in die Konferenzzimmer blickt, Hühnerhaltung auf so engem Raum würde der Naturschutz nicht erlauben. Die Schulen gehören aus unserer Sicht stärker mit Mitteln

ausgestattet, sodass kein Schulleiter, keine Schulleiterin gezwungen ist, die Gebühren durch Aufstellung von Cola-Automaten zu lukrieren, um dann vielleicht die Schule besser ausstatten zu können, also eine Erhöhung der Mittel für Schulen wäre aus unserer Sicht dringend nötig. Die Schulpsychologie ist Thema in diesem Arbeitspapier, aus unserer Sicht nicht ausreichend, Schulpsychologie, das war einer meiner ersten Anträge hier vor zehn Jahren, Schulpsychologie gehört an jede Schule vor Ort ähnlich dem Schularzt, genauso verhält es sich auch mit dem zu fordernden kostenlosen Angebot an der Schule bei Schwächen in Legasthenie und Dyskalkulie. Die Kolleginnen und Kollegen an der Schule können diese Problematik erkennen, sie können sie aber nicht reparieren und es wäre, glaube ich, dringend notwendig, an der Schule auch durch mobile Lehrkräfte dieses Angebot zu bereiten. Abschließend noch zur Migrationsthematik. Der Migrationsbeirat wurde leider nicht an der Ausarbeitung beteiligt, hingegen, das ist wieder löblich, gibt es Einrichtungen und Organisationen, die hier mitgewirkt haben, die sich mit der Thematik schon lange beschäftigt haben. Vielleicht wäre es günstiger gewesen, auch den Migrationsbeirat miteinzubeziehen. Abschließend möchte ich noch sagen, wir nehmen dieses Papier wohlwollend zur Kenntnis und trotzdem wird sich die KPÖ nicht nehmen lassen, weiterhin bildungspolitische Vorhaben, wenn notwendig, zu hinterfragen, zu ergänzen und zu kritisieren. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.00 Uhr den Vorsitz.

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich tu jetzt im Prinzip genau das, was der Kollege Fabisch angekündigt hat, ich ergänze und erweitere von unserer Fraktion aus. Ich finde diesen Bericht natürlich

auch sehr gut, dass es diese Initiative gibt und vor allem, dass hier auch der Bildungsbegriff umfassend verstanden wird, also dass nicht nur die Schulen enthalten sind, sondern dass auch so Institutionen wie zum Beispiel die Stadtbibliothek enthalten ist, der ich an dieser Stelle einmal ganz offiziell einen großes Kompliment aussprechen möchte, denn ich glaube, wer andere Bibliotheken in anderen Städte kennt, kann sagen, dass das Angebot wirklich außergewöhnlich umfangreich und qualitativ sehr, sehr gut ist, also sowohl an Medien wie auch an den Programmen, wie zum Beispiel Labuka, also das ich persönlich auch sehr viel nutze. Was mir jedoch fehlt ist etwas, was von mir auch schon aus meiner beruflichen Position heraus angesprochen wurde, das ist das Bekenntnis zu Museen als Bildungsinstitutionen, in Teilen durchaus, also ich habe bei meiner Anfrage oder meinem Anliegen, dass es Gratis Eintritt in Museen gibt, die Antwort bekommen, dass das Stadtmuseum das ja ohnehin für Kinder und Jugendliche anbietet. Das ist sehr schön, aber dazu muss ich sagen, Bildung findet eben nicht nur im Kinder- und Jugendalter statt. Mein Anliegen wäre eigentlich, dass das alle Menschen dieses Angebot kostenlos wahrnehmen können und ich finde durchaus, das ist ja nicht abgelehnt worden in dieser Begründung, aber auch kein wirklich starkes Statement der Stadt Graz dazu abgegeben worden, dass man sich als Standortgeber für das Museum Joanneum, also für den größten Teil seiner Standorte als Stadt Graz, mehr Druck ausübt oder mehr Initiativen zeigt, auch dahingehend zu sagen, wir wollen das, wir wollen die Museen als Ausbildungsinstitutionen, also auch zumindest kostengünstige Bildungsinstitutionen und nicht allein das in einem Schreiben, also in einem Zitat abtut, dass das Joanneum sagt, ja im Vergleich zu den Bundesmuseen sind wir ohnehin sehr kostengünstig. Natürlich sind die Eintrittspreis kostengünstiger als in manchen Bundesmuseen, allerdings gibt es dort wieder andere Programme zur Vergünstigung, also zu ermäßigte Eintrittspreisen und das Angebot der Museen ist natürlich auch logischerweise, weil es größere Museen sind, größer, das heißt, natürlich verlangen sie mehr Eintritt (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder des Stadtsenates, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen! Ich möchte damit anfangen, womit der Herr Stadtrat auch geendet hat, ich freue mich, hat er mehrmals gesagt, ich freue mich auch, dass es dieses Papier gibt. Ich freue mich, dass die Stadt Graz sich zu mehr Verantwortung für das Thema Bildung bekennt als es laut, streng genommen jetzt, laut Zuständigkeit und auch Aufteilung zu Land und Bund hat und man muss dazusagen, und das möchte ich schon noch kurz ausführen, vor allem die definierten strategischen Oberziele, die erwähnt sind, die würden wir auch zu hundert Prozent unterstreichen und unterschreiben. Herausgreifen möchte ich nur noch einmal natürlich den Zugang für alle Kinder und Jugendlichen zu den einzelnen Bildungseinrichtungen, das Wort Chancengerechtigkeit ist ausdrücklich erwähnt und auch der Nutzen von Diversität, Vielfalt und Mehrsprachigkeit, ich glaube, das ist etwas ganz Wichtiges, und ich finde es sehr, sehr positiv und unterstreichenswert, dass sich dieses Papier auch damit beschäftigt hat und sich auch eindeutig dazu bekennt. Positiv an den vorgeschlagenen Maßnahmen ist auch sehr, sehr viel. Herausgreifen möchte ich natürlich die Notwendigkeit der Vernetzung von Bildungseinrichtungen auf allen Ebenen, auch die Vernetzung zwischen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen und Schulen, die zum Teil einfach noch zu wenig stattfinden, ist absolut begrüßenswert. Insgesamt an den Übergängen zu arbeiten, ist natürlich eine wichtige Sache, die derzeit einfach noch zu wenig passiert. Hier allerdings schon ein erster Kritikpunkt, es wird an den Übergängen zwischen Kindergärten und Schulen gearbeitet, aber wo ist der nächste Übergang zwischen den Volksschulen und den Neuen Mittelschulen oder den AHS? Und genau dieses Thema Neue Mittelschule, AHS und die Lösung, dass man eben sich nicht mit zehn Jahren für eine dieser beiden Systeme entscheiden sollte, sondern dass es eine gemeinsame Schule vielleicht in Zukunft geben könnte, die diese Trennung danach aufheben würde, davon ist in diesem Papier offensichtlich aus verschiedenen Gründen, aber dieses Thema ist völlig ausgespart und damit auch die Bearbeitung des Übergangs

zwischen Volksschule und Neuer Mittelschule oder AHS. Zu begrüßen ist natürlich auch das eindeutige Bekenntnis zu einer Ganztageschule, idealerweise in der verschränkten Form, das war vor etwa einem Monat, ich erinnere an den Nationalratswahlkampf und die Plakate, die vor Rot/Grün und einer Zwangstageschule warnen. Ich bin sehr, sehr froh, dass das hier in Graz offensichtlich nicht so ist und dass es hier ein klares Bekenntnis für die Ganztageschule gibt, die natürlich für die Familien und vor allem für die Kinder selbst einfach das zu begrüßende Modell auch darstellt. Und das Thema Mehrsprachigkeit wird hier auch mit Maßnahmen noch unterlegt, es ist eben erwiesen, dass das Fördern der Erstsprache für Kinder von ungemeiner Bedeutung ist, dass sie dann auch leichter eine zweite Sprache oder Deutsch lernen, wenn sie in ihrer eigenen Muttersprache gefördert werden und dass das als Wert erkannt wird und nicht als Problem, wie vielfach oder von manchen immer wieder dargestellt, ist absolut zu unterstreichen und begrüßenswert. Ich möchte gleich dazusagen, wir werden dem Bericht auch zustimmen, ich möchte allerdings auch dazusagen, das ist ein Expertenpapier, es ist ein Papier von Experten und Expertinnen und es kann, noch nicht, und zwar einfach aus der Art und Weise, wie das Papier entstanden ist oder wie jetzt auch letzte Woche noch damit umgegangen worden ist, es kann nicht als Bildungsstrategie der Stadt Graz bezeichnet werden, denn dann hätte ich mir auch noch einen näheren politischen Diskurs erwartet und es war ja die Aussage, dass an dem Expertenpapier nichts mehr geändert oder eingefügt werden kann, im Ausschuss, das heißt, dass zusätzliche Dinge, die aus unserer Sicht noch fehlen, nicht eingearbeitet werden konnten und es ist damit ein Expertenpapier, das ist ein gutes Expertenpapier, aber wie gesagt, es könnte natürlich noch weiter ergänzt werden und dazu gab es nicht die Möglichkeit und ich bin froh, dass das auch noch ausdrücklich drinnen steht genau, Frau Gemeinderätin Gesek. Was fehlt, nur ganz kurz, meine Zeit ist nämlich bereits hier abgelaufen, es fehlt eine klarere Thematisierung des Problems Ost-West-Gefälle in Graz, das ist aus meiner Sicht ein Problem, das wird auch von Eltern immer wieder als Problem dargestellt, dass es hier

noch stärker Lösungsmöglichkeiten und Lösungsansätze gibt, es fehlt sehr stark das Thema Schule als Arbeitsplatz für Lehrer und Lehrerinnen, die auch Unterstützungssysteme, vor allem im Administrativen zum Beispiel, brauchen, es ist erwähnt, dass das angestrebt wird, aber es sind noch keinerlei Lösungsmöglichkeiten hier eingefasst. Wie gesagt, es fehlt der Übergang Volksschule, Neue Mittelschule, AHS und es fehlt auch das Thema gesunde Ernährung in der Schule, vor allem auch in Ganztageschulen, ich glaube, dass dieses Thema auch noch sehr viel weiter bearbeitet gehört. Aber, wie gesagt, es ist ja nur ein Papier, es ist noch nicht die Strategie und es lässt uns als Politikerinnen und Politikern damit natürlich auch die Möglichkeit, und das ist das Positive, ja noch weitere Ideen einzubringen und daran zu arbeiten. Damit möchte ich auch schon zum Ende kommen. Wie gesagt, wir werden diesem Antrag auch zustimmen und danke für die Möglichkeit, die Zeit so zu überziehen (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Zuhörende! Zunächst einmal ein herzliches Dankeschön allen Expertinnen und Experten, die hier mitgearbeitet haben und man muss auch sagen, unbenommen, in sehr, sehr kurzer Zeit intensivst daran gearbeitet haben, dass wir dieses Papier vor uns haben. Es sind einige sehr tolle Positionen drinnen, wo wir uns sicher darüber verständigen können, ich freue mich auch sehr, dass die Schulsozialarbeit ausgebaut worden oder werden soll, die ja unter Schwarz/Grün erfolgreich eingeführt worden ist. Es gibt einige Errungenschaften, wo ich mir denke, da geht was weiter, aber ich werde jetzt nicht wiederholen, was die Kollegen von der KPÖ und die Kollegin von der SPÖ alles schon aufgezählt haben, was fehlt. Und vielleicht sind wir zu streng und vielleicht habe ich auch als neue Mandatarin was nicht verstanden, aber vor einer guten Woche sind da einige Kollegen hier, ist das Papier als Strategie vorgestellt worden und der Herr Stadtrat hat uns eingeladen, uns innerhalb einer Woche rückzumelden, mit dem Klub

zu diskutieren und man könnte dann weiterdiskutieren. Ich ging eine Woche später zu dieser Ausschusssitzung, wir haben sehr ausführlich verschiedene Punkte diskutiert, diese auch schriftlich eingebracht mit dem Ergebnis, dass es dann geheißen hat, ja, ich kann Ihre Fragen beantworten, am Papier ändern tun wir nichts mehr, diskutiert wird auch nicht mehr, am nächsten Tag habe ich das sehr wohl verstanden, warum das so ist, weil da ja in der Zeitung mehr oder weniger die präsentierte Strategie schon vorgestellt worden ist, die ja vor dem Ausschuss vorgestellt worden ist. Wie gesagt, ich bin neu, ich kenne dieses Prozedere so noch nicht. Dann zu den einzelnen Punkten. Ich habe mich sehr gewundert, dass die Kollegin Marak-Fischer sich mit mir vorher noch trifft, wir gehen gemeinsam hinein, sie sagt auch, wir verstehen eure Punkte total, wir unterstützen das voll, bringt auch im Ausschuss ein, wie wichtig eine Verständigung in Richtung Gesamtschule wäre, wenn auch klar ist, dass man von der ÖVP jetzt keine Gesamtschule in dem Wort so erreichen kann. Aber da ist es um was anderes gegangen, da ist es um diese Schnittstellen gegangen, die jetzt auch für alle als fehlend thematisiert worden sind. Da ist dann immer gerne das Argument, dass man sagt, naja, wir sind ja für diese Schnittstellen nicht zuständig, weil wir sind ja nur Stadt, aber nur Stadt ist auch nicht zuständig für die Polytechnischen Lehrgänge, und dort ist man sehr wohl bereit, was anderes aufzumachen und eine andere Diskussion aufzumachen. Nun gut, die große Bitte war dann noch einmal, können wir in einen Diskurs gehen, können wir noch einmal, so wie Sie gesagt haben, Herr Stadtrat, diskutieren wir ein Monat länger, das ist mir völlig wurscht, dann kommen wir zu einem anderen Papier. Von dem war im Ausschuss nicht mehr die Rede, es war nicht möglich, weitere Positionen einzubinden, die wir sehr gerne eingebunden hätten, wie zum Beispiel den MigrantInnenbeirat, der nicht eingebunden war, es sind viele ExpertInnen eingebunden worden zweifelsohne, es ist ganz toll, dass es eine Verständigung gibt Richtung Erstsprachenkompetenz, ich finde es auch toll, welche Experten dort waren. Ich hätte mir nur gewünscht, dass auch Betroffene dort sind oder jene, die eigentlich in dieser Erstsprachenkompetenz tagein und tagaus arbeiten, weil das

immer schon ein bisschen Paternalismus-Mief hat, wenn ich als ExpertIn über die Thematik spreche, aber wurscht, es war kurze Zeit, es ist für die kurze Zeit unglaublich viel gelungen und dann ist es letztendlich für mich auf das zugelaufen oder in meiner Fraktion auf das zugelaufen, dass dieser kleinste gemeinsame Nenner, er ist nicht genug. Wenn wir drauf schauen jetzt nach der Wahl in den Koalitionsverhandlungen oder ich habe das Glück, mit dem Herrn Bürgermeister in einem Bezirk zu leben, wo Bildung sehr wichtig ist und wo auch als Hauptentscheid letztendlich auch war für diese stärkste Grünwahl-Beteiligung in der Nationalratswahl mit über 30 %, dass man gesagt hat, ihr habt wenigstens eine Idee, was in der Bildung weitergehen könnte. Ich hätte mir gewünscht, dass wir das geschafft hätten, fraktionsübergreifend zu diskutieren und fertig zu machen, das war nicht möglich, das ist nicht möglich. Dieser kleinste gemeinsame Nenner ist für uns Grüne angesichts auch dieses Frusts, der Österreichweit generell zur Bildungsdebatte da ist, zuwenig. Die Stadt Graz kann mehr, wir wissen das, wir hätten uns das gewünscht, deswegen alles Gute jetzt einmal, wir werden uns auch weiter einbringen und hoffen, in Zukunft einen guten Weg hinzulegen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Hohes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren! Ein ganz klares Wort, was wir heute hier beschließen, ist ein ExpertInnenpapier, das wirklich höchststrangige Fachleute im Auftrag der Stadt Graz und unseres Bildungsstadtrates erarbeitet haben. Es war nicht die Grundidee, dass hier jetzt parteipolitische Wünsche vorrangig berücksichtigt werden, sondern hier liegt das ExpertInnenpapier vor. Der Herr Stadtrat hat es auch im Ausschuss ganz deutlich gesagt, hier hat nicht die Politik interveniert, sondern die Politik hat die Fachleute gefragt, was sie vorschlagen an wesentlichen Leitlinien, Strategien für eine gute Zukunft der Bildungspolitik in Graz. Und genauso wenig, wie der von Frau Vizebürgermeisterin Schröck präsentierte neue soziale Weg aufgeschnürt wurde,

wurde auch dieses Paket nicht aufgeschnürt. Es wird auch ein Bericht des MigrantInnenbeirates, der Empfehlungen enthält, von uns nicht aufgeschnürt, sondern im Ausschuss diskutiert. Die Politik hat jetzt die Aufgabe, aus diesen Empfehlungen und Strategien konkrete Maßnahmen abzuleiten, die dann selbstverständlich auch auf politischer Ebene diskutiert werden und mehrheitlich abzustimmen sind. Aber es wäre eine Fehlinterpretation dieses Strategiepapieres, wenn das jetzt eine Auflistung politischer Forderungen plötzlich sein sollte, das war nicht intendiert und selbstverständlich, lieber Kollege Fabisch, es ist schön, wenn du dir wünschst, dass wir den Gratis-Kindergarten für alle haben, das war aber hier nicht Thema und wir wissen genau, wir können uns viel wünschen, aber die Dinge müssen auch finanzierbar sein. Manches ist zum Beispiel in Wien möglich, was bei uns nicht möglich ist, das ist aber eine andere Baustelle, nämlich, dass Bundesmittel ungleich verteilt werden, darüber werden wir uns heute bei anderer Gelegenheit noch unterhalten. Aber dieses Strategiepapier wurde auf so breiter Ebene von Expertinnen und Experten erarbeitet, wie es einzigartig ist. Ich bin jetzt wirklich seit 16 Jahren im Gemeinderat und habe noch nie erlebt, dass so viele Fachleute hochkarätig hier zusammenarbeiten in guter Zusammenarbeit mit der Amtsleitung, mit dem Büro des Stadtrates, aber zur Sprache gekommen sind die Meinungen der Expertinnen und Experten, dieses Strategiepapier liegt uns jetzt vor und ist uns wahrlich ein wertvoller Wegweiser, aus dem wir dann konkrete Konsequenzen ziehen, deswegen freue ich mich auf breite Annahme. *Alles Gute (Applaus ÖVP).*

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Regierungskollegen, meine Damen und Herren! Als ich vor wenigen Tagen in Stübing oben mit meinem Sohn das Freilichtmuseum besucht habe, habe ich es auch nicht verabsäumt, in jenes Gebäude zu gehen, das mit vielen Wegweisern schon darauf hinweist, dass es damals auch schon Schulen gegeben hat, als diese Häuser gebaut

wurden und ich bin in diese Schulklasse, in dieses Haus hinein und an der Wand kann man dann auch einiges Historisches zum Thema Schule lesen. Unter anderem habe ich dann den Urheber entdeckt, das war Josef der Zweite, der damals gemeint hat, das Thema Bildung und Schulen muss angegangen werden, wir brauchen einen Lehrer für 100 Kinder, sollte die Zahl 150 überschreiten, kommt ein zweiter Lehrer hinzu und darüber hinaus hat er damals auch festgelegt, wer denn künftig auch für den Schulbau, für den Erhalt von Schulen zuständig ist, und ich habe zu meinem Erstaunen gesehen, dass er damals schon hineingeschrieben hat, dass es die Gemeinden sind. Seit dieser Zeit, und das ist doch schon einige Jährchen her, hat sich daran nichts geändert und wir haben einen Dreiklang aller Gebietskörperschaften zum Thema Bildung. Und immer dann, wenn alle drei Gebietskörperschaften, nämlich Bund, Land und Gemeinden, an etwas basteln, ist aus meiner Sicht noch nie was wirklich Vernünftiges herausgekommen, und dem möchte ich heute hier einmal Ausdruck verleihen. Wir haben eine Rolle zugestanden bekommen vom Gesetzgeber sowohl von Seiten des Bundes als auch des Landes, das ist so die Rolle des Hausmeisters. Wir in der Landeshauptstadt Graz haben aber diese Rolle des Hausmeisters, mit dem haben wir uns niemals begnügt, sondern wir haben immer gesagt, das Thema Bildung möchten wir, wenn ich so sagen darf, auch mitanpacken und uns einbringen, weil es notwendig ist für die Entwicklung einer Stadt, weil es notwendig ist für die Lebensqualität und weil es notwendig ist, wenn wir uns auch als Wirtschaftsstandort weiterentwickeln wollen. Und es ist uns ja sehr, sehr viel schon in dem Punkt gelungen. Das heißt, wir haben in den letzten Jahren immer wieder gesagt, uns interessiert das Thema der Integration, wir schaffen Integrationsassistenten, wir haben gesagt, es braucht Schulsozialarbeit, wir haben gesagt, schaut bitte nach Skandinavien, da gibt es nicht nur ein Lehrerteam, sondern es gibt ein ganz großes Team von Experten, von der Ernährung bis zur Begleitung von Schülerinnen und Schülern, wenn es ihnen auch nicht gut geht, das streben wir an. Aber wir haben im Großen und Ganzen weder die Kompetenzen dazu, wir haben es uns einfach angemaßt und haben auch in manchen Bereichen einfach die Finanzierung

übernommen, und ich habe schon eine große Freude, wenn wir aus Brüssel die Menschen in den Städten Europas befragen und die Grazerinnen und Grazer jetzt gesagt haben, diese Stadt Graz ist die Stadt mit der höchsten Lebensqualität Österreichs. Das ist auch unsere Arbeit, darauf sollten wir stolz sein sowohl als politisch Verantwortliche als auch alle, die in der Verwaltung hier arbeiten. Unter anderem sind wir deswegen so positiv aufgefallen, weil wir im Bereich Bildung so positiv von unserer Bevölkerung auch bewertet wurden. Und jetzt habe ich vor einiger Zeit, vor dem letzten Wahlkampf, einmal gesagt, das was ich nicht aushalte, weder als Bürgermeister noch als Bürger dieser Stadt, ist, oder auch dieses Landes, dass wir feststellen müssen, zumindest die Zeitungsberichte, aber die werden sich auch wieder auf Experten berufen, dass wir eine Million Menschen in Österreich haben, die sich mit dem Lesen schwer tun. Es ist für mich nicht verständlich, wie wir als Gemeinschaft, als kleine Gemeinschaft Familie, als Gemeinschaft darüber hinaus, Gemeinde oder Stadt inklusive unserer Pädagogen, so weit kommen, dass viele Menschen, wenn sie bei uns den Pflichtschulbereich absolviert haben, noch immer nicht zusammenhängend lesen können oder nicht sinnerfassend lesen können, so heißt es ja in Expertensprache. Ich habe einmal dem Genetiker, dem Prof. Hengstschläger zugehört, zweimal schon, und er hat einen fantastischen Vortrag gehalten über die Vielfalt, die man bräuchte, im Bildungsbereich. Ich habe damals gebeten, ob wir das gemeinsam schaffen und ich bin da auch der Sozialdemokratie und der freiheitlichen Partei dankbar, dass wir wie uns jetzt auch neu aufgestellt haben für diese Periode, dass es möglich geworden ist, dass unser Stadtrat, der für den Kinderbetreuungsbereich zuständig ist, jetzt auch, wenn ich so sagen darf, für den Schulbereich zuständig ist, weil wir eine Verantwortung übernehmen von der Krabbelstube weg. Wenn Kinder zwischen null und eins das erste Mal uns in Obhut gegeben werden, damit wir sie auch begleiten und wir de facto von der Zuständigkeit mit dem 15. Lebensjahr enden, da darf es uns nicht egal sein und es darf nicht jede Gruppe in ihrer Erschöpftheit schon sagen, in zwei Jahren gebe ich sie eh ab und dann ist wieder der Nächste dran, sondern wir wollen hier eine Gesamtkompetenz. Ich

finde es großartig, dass der Stadtrat Eisel-Eiselsberg alle bildungsinteressierten Profis dieser Stadt eingeladen hat, damit wir einmal, nicht so wie die Politik, darüber diskutieren, was wir tun. Ich glaube, dass Bildung in Zukunft vielfältig sein wird und da haben wir halt auch ideologische Grabenkämpfe, aber da werden wir auch ganz normale zeitliche Ressourcen... Ich sehe immer zwei Dinge, es wird Schulen geben, die um 13.00 oder 14.00 Uhr enden, es wird Schulen geben, die um 15.00 Uhr enden, es wird Schulen geben, die auch den ganzen Tag über betreuen. Es wird nicht nur einen Schultyp geben. Es wird eine Vielfalt geben, wie es uns im Übrigen auch der Prof. Hengstschläger auch empfiehlt, aber das, was mir gut gefallen hat, bei einer Diskussion hat er gesagt, liebe Politikerinnen und Politiker, ich mache euch einen Vorschlag, ihr sagt ja immer gleich, wenn es um Bildung geht, da geht es dann um die Finanzen und um die Ressourcen. Ähnlich im Übrigen wie die Diskussionen heute auch schon wieder zum Verkehr stattgefunden haben. Was wir uns alles wünschen, aber keiner ist so richtig bereit, das Geld auf den Tisch zu legen. Muss man halt Prioritäten wirklich einmal setzen. Im Bildungsbereich schlägt der Prof. Hengstschläger vor, liebe Politikerinnen und Politiker, wenn ihr eure Budgets macht, es geht jetzt in erster Linie wieder an den Bund aber auch an die Länder, dann löst zuerst die Bildungs- und damit die Zukunftsfrage dieses Landes und was dann an Geld überbleibt, gebt bitte in alle anderen Bereiche und dann könnt ihr weiterstreiten und es ist eine Ressourcenfrage. Ich komme mit vielen Pädagogen zusammen und Direktoren, es ist toll, was bei Klecksschule usw. passiert, aber man muss halt auch dazusagen, dass dort einfach mehr Ressourcen hineingepumpt werden und wir hätten in unserem vielfältigen System mit mehr Ressourcen, wenn in der Klasse einfach einen Lehrer mehr hast, dann kannst du auf vieles eingehen, wir haben auch schon viele Vorschläge auch zum Thema Integration dazu gemacht. Das heißt, eigentlich ist die Bildungsfrage eine Ressourcenfrage und ich hoffe und ich wünsche mir auch, dass in unserem Bundesland, aber auch in unserer Republik Österreich, das, was der Herr Prof. Hengstschläger da formuliert hat, vielleicht einmal auch in punkto Budget ernst genommen wird, weil wir haben eh schon vieles übernommen, was gar

nicht unsere Aufgabe wäre. Das sind so die Dinge, die mir am Herzen liegen. Ich glaube, es wird eine ganz tolle, breit aufgestellte bunte Bildungslandschaft in Österreich geben und jeder wird aufgrund seiner Lebenssituation, aufgrund der Talente seiner Kinder auch den einen oder anderen Schultyp frequentieren. Ich weiß es jetzt auch gerade wieder, weil mein Sohn gerade in die Schule geht und ich stelle halt fest, dass er den ganzen Tag nicht in der Schule sein könnte, weil sonst könnte er seinen sportlichen Verpflichtungen dreimal die Woche in der Form gar nicht nachkommen. Dann frage ich mich, wie lange noch Spitzenleistungen im Sport oder auch im musischen Bereich etc. möglich sein sollen. Also dass wir nur davon ausgehen, dass es keinen Einheitsbrei gibt, davon wird meine Volkspartei und ich nie abrücken, aber ich glaube, es wird für alle in der Vielfalt wieder Platz haben und diese Vielfalt hat durch alle Bildungsexperten, die auch da drinnen in dem Bericht genannt sind, hat diese Diskussion einmal stattgefunden und deswegen bitte ich auch alle da um Verständnis, die sagen, ich hätte jetzt gerne aber wieder meine politische Note da auch hineingepickt, das wollte auch der Stadtrat Eisel-Eiselsberg nicht, weil dieser Bericht von ihm nicht abzuändern ist, weil er eben ein Expertenbericht ist (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Herr Bürgermeister, geschätzte Kollegen! Bei dieser Bildungsstrategie, und das ist ja die erste Bildungsstrategie, die es in dieser Form in einer Stadt in Österreich auch gibt, gibt es einen entscheidenden Punkt für uns. Nämlich, dass hier Bildung in Graz in den Fokus auch gerückt wird und das ist ein Titel, der mir sehr gut gefällt, Graz als Bildungsstadt, wo es ja auch um die Etablierung geht, weil wir ja viele Titel haben, wo sich der Sinn mir bei weitem nicht so erschließt, weil das entspricht ja dem Wesen dieser Stadt, wenn man schaut, wie viele junge Menschen, aber auch ältere Menschen, hier in Ausbildung bei irgendwelchen Bildungsanstalten hier auch gerade in Bildung befindlich sind und das ist etwas, was

mir wirklich sehr gut gefällt an diesem Papier und das ist etwas, was ich auch hier anbringen möchte und das ist auch von den Kollegen gesagt worden, dass es eben ein Expertenpapier ist. Das ist eine Leitlinie für uns als Politiker, eine Orientierungshilfe, ist eine Strategie, ich glaube, man braucht da nicht I-Tüpfel-reiten und da jetzt das Ganze da anders benennen. Es ist für uns einfach ein Expertenrat, den wir beiziehen können, um unsere politische Entscheidung letztendlich auch zu treffen. Aus unserer Sicht sind ebenfalls herauszustreichen, dass da viele Dinge drinnen sind, die die Stadt Graz selbständig machen kann. Bin selber überrascht, wie viel das eigentlich ist, weil bin auch immer davon ausgegangen, weil man das so, wie der Bürgermeister das angesprochen hat, erzählt bekommt, dass wir eigentlich nur verwalten und nicht gestalten können im Bildungsbereich. Dem ist nicht so und das ist etwas, was da wirklich erstmals auch klar herausgearbeitet worden ist. Die Stadt-Land-Karte ist angesprochen worden, also dieses ganze Heben der Ressourcen beziehungsweise des Zusammenführens, das Vernetzen, das Kooperieren, das Heben der Synergieeffekte, also das ist etwas, was wirklich da hervorragend herauskommt und Bildung auf eine neue Qualitätsstufe auch in dieser Stadt stellt. Auch die verschränkte Form der Ganztagschule ist etwas, was wir nur unterschreiben können. Was wir aber nicht unterschreiben können, das sind andere Punkte und das ist ja auch das Wesen dieses Expertenpapiers, dass es als Leitfaden gilt und wir eben dann über einzelne Punkte noch abstimmen werden und da gibt es eben Dinge, die wir nicht so einfach unterschreiben werden. Es wird Sie nicht überraschen, das ist eben die Integrationsassistenten, da haben wir einen anderen Zugang, da werden wir auch nicht zustimmen, da haben wir bereits für das nächste Jahr wieder drei Millionen locker gemacht, wir sagen, das Geld wäre woanders besser aufgehoben. Es mag schon sein, dass die Experten auch in diesem Papier sagen, dass das sinnvoll ist, das bezweifeln wir ja gar nicht, also die Erstsprache zu beherrschen, ist klar, dass das auch dazu führt, dass man dann eine Zweitsprache besser beherrscht, also das steht ja außer Frage, wir setzen nur hier ganz klar eine Definition unserer Aufgaben, wir machen eine Prioritätenliste und wir sagen, das zählt nicht zu unseren Aufgaben. Das ist unser

Standpunkt, weil hier ganz einfach letztendlich eine verfehlte Zuwanderungspolitik auch noch nachträglich legitimiert wird, wenn wir das machen (*Applaus FPÖ*), und das ist einfach unser Zugang und da geht es darum, wie definieren wir unsere Aufgaben und da sagen wir, da wäre das Geld woanders besser angelegt. Insgesamt, glaube ich, sollten wir nicht den Fehler machen, und das ist insbesondere in Richtung der Grünen gerichtet, hier polarisierende oder ideologisch motivierte Grundsätze hineinmonieren zu wollen, das ist nicht Wesen dieser Bildungsstrategie, weil so wird man auch keinen Konsens zwischen den einzelnen Fraktionen finden. Mich wundert es da ein bisschen bei den Grünen, auf der einen Seite fordern sie gestern auf der Bundesebene einen parteilosen Bildungsminister, das heißt, in diesem Bereich raus mit der Ideologie, jetzt gehen sie her und wollen in dieser Bildungsstrategie der Stadt Graz erst wieder Ideologie verankert wissen, indem sie zum Beispiel unbedingt die gemeinsame Schule drinnen haben wollen. Also das ist doch etwas, was ich nicht für sinnvoll erachte, hier das aufzuschnüren, wie es vorher gesagt worden ist und irgendwelche solche Motivationen da auch einfließen zu lassen. Damit zerstören wir nämlich diese Strategie und gefährden, wie eingangs erwähnt, die Etablierung des Standortes Graz eben als Bildungsstadt (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Bürgermeister! Nur zwei kurze Anmerkungen zu dieser Diskussion. Das eine ist dieser Status, soll es ein ExpertInnenpapier sein oder soll es doch ein bildungspolitisches Papier sein, wo man auch überlegt, wie man umsetzt und Dergleichen. Wenn das Papier uns vorgestellt wird mit dem Ersuchen um Diskussion, um Rückmeldungen, gehen wir natürlich davon aus, dass wir ein umsetzbares politisches Papier daraus machen wollen und daran wollten wir arbeiten, vielleicht kommt das auch erst, das mag schon sein. Aber über ExpertInnenpapier brauchen wir da überhaupt nicht abstimmen, weil ein ExpertInnenpapier ist ein ExpertInnenpapier, das kann auf einer

Konferenz als Schlusswort einer Konferenz sein, aber was tun wir damit? Das heißt, wir müssen natürlich, wenn wir es bearbeiten wollen, auch das reinbringen, was unser Auftrag ist, und da wollen wir gerne mitarbeiten, vielleicht kommt das auch in einem zweiten Schritt, dann haben wir das so quasi nicht ganz richtig verstanden, aber es wurde uns auch nicht ganz richtig verkauft, muss man auch dazusagen. Hier sind wichtige Meinungen von Experten und wir als Politik müssen schauen, wie tun wir damit weiter, was machen wir damit und das ist noch kein Umsetzungspapier und daran wollten wir gerne mitarbeiten, sei es bis zur Kenntnisnahme, sei es danach, das ist nicht das Entscheidende. Das andere, was mich ein bisschen nachdenklich gestimmt hat, der Herr Bürgermeister hat ja im Prinzip gesagt, nichts ist so wichtig wie Bildung. Leicht vereinfacht, da hat er natürlich völlig Recht, das ist sehr fortschrittsorientiert, das ist ein ganz ein wichtiger Faktor, da müsse wir hinschauen, nur eines habe ich jetzt versäumt: Von 100 Millionen, die wir in den nächsten fünf Jahren verplanen und ausgeben wollen, zirka zwei Drittel sind weg, da hat die Bildung noch keinen Platz gehabt. Vielleicht wäre es schön, wenn wir uns jetzt ganz schnell überlegen, dass in diesem letzten Drittel zumindest ein erklecklicher Anteil für Bildung noch drinnen ist, weil das fehlt bei dem Ganzen. Wir reden so viel über Bildung, wir reden viel über die Umsetzung, aber wir haben demnächst kein Geld mehr für die nächsten fünf Jahre und da müssen wir eigentlich schon hinschauen, ich meine im AOG-Bereich, in der OG sind natürlich laufend Sachen drinnen. Aber da stehen Dinge drinnen über Infrastruktur, da müsste man schon hinschauen, dass man eigentlich zumindest einen kleinen Teil der 100 Millionen, weil zwei Drittel sind weg, auch für Bildung reservieren können und das war uns auch sehr wichtig und wir bitten auch, dass man darüber nachdenkt, dass man vielleicht nicht noch das letzte Geld auch eben verbraucht, sondern doch Schwerpunkte legt und auf den Bildungsbereich schaut. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Dr. Wohlfahrt, was die AOG anbelangt, geht es schon immer um 100 Millionen, diese ominöse Zahl, die quasi noch an frei verfügbaren Mittel da ist. Was ich nicht dazusage ist, dass es in der Periode um weit mehr Millionen geht, um das Vielfache davon und dass da einfach laufende Projekte auch schon drinnen sind, Projekte auch schon umgesetzt werden auch im Bildungsbereich, den Schulausbau etc., auch als Routine-Investitionen eingetragen sind, Sie kennen die Ziffer gut, und das muss man schon dazusagen. Weil sonst würde es so ausschauen, von den 100 Millionen werden die armen Schulen nichts kriegen. Wir haben ja den Begriff sowieso viel weiter gefasst und Sie wissen auch, was uns auch gemeinsam gelungen ist in den letzten Jahren, was wir allein in Krabbelstuben und im Kindergartenbereich umgesetzt haben, was wir in den Bereich der Bibliotheken umgesetzt haben und ich möchte auch, weil die Frau Braunersreuther das gesagt hat, sie da voll und ganz unterstützen. Nicht nur der Zugang zu den Museen, sondern auch das intensive Zusammenarbeiten mit Museen in der täglichen Bildungsarbeit mit unseren Kindern und natürlich auch später darüber hinaus, ist ein ganz ein wichtiges Anliegen. Wir in der Stadt Graz haben es schon geschafft, ich hoffe, dass auch der Landesbereich diese Chance der Museen, nachdem sie ja wirklich ein Großteil der Museen auch in unserer Stadt innehaben und auch gut führen, dass wir da auch noch einmal gemeinsam zu einem Öffnen, vor allem für die Jugendlichen, für die Kinder kommen.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auch nicht auf jeden einzelnen Punkt eingehen. Einige möchte ich aber doch erwähnen, weil sie mir wichtig erscheinen, dass sie richtigerückt werden. Wenn es darum geht, um Infrastruktur und Lehrerarbeitsplätze, ja selbstverständlich, und wir haben das auch im Ausschuss besprochen, wir haben ja hier im Hause ein Standortentwicklungskonzept 2020 beschlossen mit einem Bauvolumen von 130

Millionen Euro für die nächsten zehn Jahre und darüber hinaus ohne Mehrwertsteuer, ohne Einrichtung, wo nach vier Prioritäten, nämlich ausreichend Schulplätze, zweitens ausreichend Raum für ganztägige Schulformen in verschränkter und nicht verschränkter Form, ausreichend Sportmöglichkeiten und ausreichend, leider in der vierten Priorität, aber anders geht es nicht, Lehrerarbeitsplätze. Das ist formuliert, das ist sogar pro Schule festgelegt, was zu tun ist, wie viel Quadratmeter fehlen, was das kosten wird aus heutiger Sicht. Wir werden es ja nicht noch einmal da hineinschreiben. Das ist der Verweis, dass das umgesetzt werden soll, das muss bitte reichen. Zur Kultur und Kunst darf ich verweisen auf Seite 29, Bildung ist pädagogisches Angebot, gibt es einige Ideen zu den pädagogischen Schwerpunktwochen, und auch unter dem Titel „Kultur findet Schule“, ist uns völlig bewusst, der Herr Bürgermeister hat es auch angesprochen. Wo ich wirklich nicht weiß, wie man zu dieser Feststellung kommt, und es ist mehrfach gefallen von der Frau Kollegin Polz-Watzenig, von der Kollegin Marak-Fischer, ich weiß nicht, ob es noch wer gesagt hat, dass nur der Übergang Kindergarten/Schule beleuchtet worden wäre. Auf Seite 7 gibt es eine Übersicht über die acht Arbeitsgruppen, Arbeitsgruppe 2, Übergang eins und zwei, Klammer Kindergarten, Volksschule, AHS, Arbeitsgruppe vier, Volksschule, Sekundarstufe 1, Arbeitsgruppe 6, Übergang vier, Sekundarstufe 2. Es sind alle Übergänge beleuchtet worden und die Aufgaben und Fragestellungen richten sich natürlich an alle. Also diese Feststellung, ich weiß nicht, woher die kommt. Wir haben ja das vor jetzt mittlerweile zehn Tagen, glaube ich, sehr ordentlich und umfassend präsentiert mit der Möglichkeit der Fragestellungen und der Aufklärung, wenn irgendetwas nicht klar sein sollte, da waren ja im Ausschuss in diesem Informationsausschuss erfreulicherweise fast alle Gruppenleiterinnen und -leiter dabei, standen Rede und Antwort, haben auch präsentiert. Wie man heute zu dieser Feststellung kommen kann, dass die Übergänge nur oder nur ein Übergang beleuchtet wurde, entzieht sich wirklich meiner Kenntnis. Es ist schriftlich, es wurde mehrfach gesagt. Nichtsdestotrotz freue ich mich sehr über die breite Zustimmung, die sich abzeichnet und es ist auch mehrfach gesagt worden, gut, das ist der Rahmen

und, Kollege Wohlfahrt, wofür beschließen wir das? Genau dafür, was auch da drinnen steht, wir beschließen das als Leitlinie für die kommunale Bildungspolitik, das heißt, jetzt wissen wir im Großen und Ganzen, wo wollen wir hin, jetzt geht es ans Arbeiten und wann immer es notwendig ist, weil es eben der Umfang des Projektes erfordert, werden wir hier herinnen sehr intensiv darüber diskutieren und ich bin überzeugt davon, ebenso konstruktiv diskutieren und zu guten Ergebnissen kommen. Danke vielmals (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, wichtig, dafür sollten wir auf Bundesebene kämpfen, wenn auch die neue Regierung, dieser neue Nationalrat in punkto Bildung was weiterbringen will, dann sollten sie schleunigst damit aufhören, die Gemeinden, die für diesen Raum verantwortlich sind und ihn schaffen müssen, diese Mehrwertsteuerabzugsfähigkeit wieder zu ermöglichen. Dass wir im Moment 20 % der Republik Österreich zahlen müssen, ich kehre da vor der eigenen Parteitüre auch, halte ich schlichtweg für einen Skandal. Wir Gemeinden sollen Schulen ausbauen, weil man das auch offiziell als unsere Aufgabe bekommen haben, und bei jedem Schulbau müssen wir jetzt 20 % Mehrwertsteuer an den Bund abliefern, das sollten sie allen Gemeinden ganz schnell wieder ermöglichen, habe ich als eine eigene Strafaktion gegenüber Städten und Gemeinden empfunden und ich hoffe, dass wir auch diese gemeinsame Anstrengung Städtebund schaffen werden, dass bei den Finanzverhandlungen das wieder hinausfliegt, was uns da vor ein paar Jahren eingebrockt wurde, auch mit Übergangsfrist. Aber wenn man mehr Raum schaffen müssen und das mehr Geld kostet und wir auf der anderen Seite aber auch mit Maastricht und Stabilitätspakten neue Fesseln angelegt bekommen haben, dann müssen wir irgendwo diesen Freiraum wieder bekommen, und ich sehe das vor allem in der 20%-igen Mehrwertsteuer (*Applaus ÖVP*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.